

Deutsche und Polen in Pommerellen von 1920 bis 1945. Rollenerwartungen und Realität

von Mathias Niendorf

Dreimal in diesem Jahrhundert, innerhalb eines Zeitraums von nur zwei-einhalb Jahrzehnten, wechselte das Land an der unteren Weichsel seine staatliche Zugehörigkeit. Jeder Hoheitswechsel zog Bevölkerungsver-schiebungen nach sich, doch erst die Zwangsaussiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg beendeten die jahrhundertelange Tradition deutscher Präsenz in der Region. Die Zäsuren von 1920 und 1939 bedeuteten dage-gen formal nur einen Rollenwechsel von Staatsnation und Minderheit. Deutsche und Polen verbanden sie jeweils mit konkreten Erwartungen, so wie sie sich ihrerseits mit neuen Erwartungshaltungen konfrontiert sahen. Das Spannungsfeld von exogenen und endogenen Faktoren be-stimmte die nationalen Verhältnisse dieses ethnischen Mischgebietes, das ebenso wie die anderen Teile des deutsch-polnischen Grenzgebietes seine Spezifik aufwies.

Die Provinz Westpreußen, deren Territorium Preußen bei den Teilun-gen Polens 1772 und 1793 annektiert hatte, mußte nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg an den wiedererrichteten polnischen Staat abgetreten werden. Ausgenommen hiervon waren lediglich einige Randgebiete im Osten und Westen sowie das zur Freien Stadt erklärte Danzig. Für Ostpreußen bedeutete der Versailler Friedensvertrag den Verlust der Landver-bindung zum übrigen Reichsgebiet. Diese ‚Insellage‘ wurde immer wie-der als Argument angeführt, um im In- und Ausland den Widersinn des territorialen Status quo zu beschwören. Ein Erfolg dieser Propaganda be-stand nicht zuletzt darin, daß die 1920 aus den abgetretenen Teilen Westpreußens gebildete Wojewodschaft Pommerellen in Deutschland meist nur als der „Korridor“ bekannt war. Während Berlin seine frühere Pro-vinz als Teilstück einer Ost-West-Verbindung beanspruchte, war die Wo-jewodschaft für Polen das Endstück einer Nord-Süd-Achse, das den ein-zigen Zugang des Landes zur See darstellte. Pommerellen bildete so den „wichtigsten Kreuzungspunkt deutscher und polnischer Interessen“ in der Zwischenkriegszeit.¹ Zusätzlich kompliziert wurde das Problem durch eine deutsche Minderheit, deren bloße Existenz dem Revisionsan-spruch Berlins eine ethnische Legitimierung verlieh. Der Verweis auf die

¹ Vgl. Mathias Niendorf, Deutsch-polnische Polemiken zur Zeit der Weimarer Repu-blik, in: *Studia Historica Slavo-Germanica* 17 (1988–1990), S. 85–109, hier S. 98 ff.

tatsächliche oder vermeintliche Verfolgung von Deutschen im ‚Korridor‘ sollte eine wichtige Rolle spielen bei der propagandistischen Vorbereitung des Überfalls auf Polen und der anschließenden Ermordung seiner Führungsschicht.

Die Frage, inwieweit die politischen Rahmenbedingungen das Leben in der Provinz bestimmten, inwieweit es jenseits vorgegebener Konfliktmuster Chancen für ein Zusammenleben in der Region gab,² ist Gegenstand dieses Aufsatzes. Der Forschungsstand muß dabei als weitgehend unbefriedigend gelten. Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit haben ihrer politischen Bedeutung entsprechend stets das Interesse von Wissenschaft und Publizistik auf sich gezogen. Weit weniger Beachtung fand dagegen die Regionalgeschichte Pommerellens.³ Der Stand der Forschung wird dabei von der polnischen Seite vorgegeben.⁴ Deren Interesse ist bis jetzt überwiegend politikgeschichtlich bestimmt geblieben,⁵ was auch die Literatur zur Nationalitätenproblematik prägt.⁶

² Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Neuzeit als Konfliktgeschichte, in: Polen und Deutschland. Nachbarn in Europa, hrsg. v. der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. 2. Aufl., Hannover 1996, S. 17-33; Józef Borzyszkowski, Cezary Obracht-Prondzyński, Konflikt etniczny na pograniczu na przykładzie Pomorza. Uwarunkowania historyczne i kulturowe (Der ethnische Konflikt im Grenzgebiet am Beispiel Pommerellen. Historische und kulturelle Voraussetzungen), in: Konflikty etniczne. Źródła – typy – sposoby rozstrzygnięcia (Ethnische Konflikte. Quellen – Typen – Arten der Konfliktlösung), hrsg. v. Iwona Kabzińska-Stawarz u. Sławoj Szykiewicz. Warszawa 1996 (Biblioteka Etnografii Polskiej. 51.), S. 197-202.

³ Vgl. Mieczysław Wojciechowski, Die Hauptrichtungen der Forschungen über die Geschichte der Zweiten Polnischen Republik in den wissenschaftlichen Zentren Nordwestpolens, in: Zapiski Historyczne 47 (1992), S. 221-242, hier bes. S. 242.

⁴ Der engagierte Publizistik ist die einzige neuere deutsche Gesamtdarstellung zuzuzählen: Hugo Rasmus, Pommerellen-Westpreußen 1919–1939. München/Berlin 1989. Vgl. allgemein Jörg Hackmann, Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landesgeschichte als beziehungs geschichtliches Problem. Wiesbaden 1996 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien. 3.).

⁵ Vgl. die einzige neuere Gesamtdarstellung von Roman Wapiński, Życie polityczne Pomorza w latach 1920–1939 (Das politische Leben Pommerellens 1920–1939). Warszawa (u.a.) 1983 (Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu. 81,2.), und die Rezension von Wojciech Wrzeński, in: Zapiski Historyczne 49 (1984), Nr. 3, S. 165-169, hier bes. S. 168.

⁶ Vgl. Ryszard Sudziński, Charakterystyka bazy źródłowej i zainteresowań badawczych w odniesieniu do mniejszości narodowych na Pomorzu w latach 1920–1939 (Nationale Minderheiten in Pommerellen 1920–1939. Quellenbasis und Forschungsinteressen), in: Mniejszości narodowe i wyznaniowe w województwie pomorskim w okresie międzywojennym (1920–1939) (Nationale und religiöse Minderheiten in der Wojewodschaft Pommerellen in der Zwischenkriegszeit [1920–1939]), hrsg. v. Mieczysław Wojciechowski. Toruń 1991 (Stosunki narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku. 1.), S. 7-28; Przemysław Hauser, Die deutsche Minderheit in Polen 1918–1939 und der Stand der Historiographie, in: Anerkannt als Minderheit, hrsg. v. Hans van der Meulen. Baden-Baden 1994,

Fehlende Vorarbeiten insbesondere zur sozio-ökonomischen Entwicklung der Wojewodschaft erschweren es, neuere Ansätze der Nationalismus-Forschung zu erproben, die um den zentralen Begriff der ‚Identität‘ gruppiert sind.⁷ Im Rahmen polnischer Nationalgeschichtsschreibung wurde wiederholt versucht, den Ort Pommerellens im Bewußtsein der Nation zu bestimmen, während Fragen nach der Identität der dort lebenden Menschen allenfalls am Rande angeschnitten wurden.⁸

Die nachfolgenden Ausführungen tragen daher notwendigerweise den Charakter von Vorüberlegungen. Nach einer Einführung in die Region werden zeitgenössische Strategien nationaler Identitätsbildung erörtert. Der normativen Ebene sollen anschließend Fallbeispiele interethnischer Beziehungen gegenübergestellt werden. Sie behandeln vor allem die Ebene des Individuums, wobei weder strenge Repräsentativität noch quantifi-

S. 21-37. Ebenfalls politikgeschichtlich ausgerichtet ist die jüngste Gesamtdarstellung von Richard Blanke, *Orphans of Versailles. The Germans in Western Poland, 1918-1939*. Lexington 1993. Zur Diskussion des Forschungsstandes vgl. auch Matthias Niendorf, *Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Sępólno Krajeńskie) 1900-1939*. Wiesbaden 1997 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien. 6.), S. 9-15.

⁷ Vgl. Heinz-Gerhard Haupt, Charlotte Tacke, *Die Kultur des Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Kulturgeschichte heute*, hrsg. v. Wolfgang Hardtwig u. Hans-Ulrich Wehler. Göttingen 1996 (Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft 16.), S. 255-283, hier S. 266.

⁸ Vgl. Roman Wapiński, *Pomorze w dziejach Polski XX wieku (Pommerellen in der Geschichte Polens des 20. Jahrhunderts)*, in: *Pomorze w dziejach Polski (Pommerellen in der Geschichte Polens)*, hrsg. v. Józef Borzyszkowski. Gdańsk 1991 (Pomorze Gdańskie. 19.), S. 191-224, der ohne nähere Ausführungen feststellt, das Gebiet der Wojewodschaft in den Grenzen von 1920-1938 sei für dessen Bewohner ein Bezugspunkt regionaler Identität gewesen (S. 191 f.). Selbst die maßgebliche Darstellung der Regionalpresse überschreibt das entsprechende Kapitel mit den Worten „Die Rolle der Presse bei der Knüpfung innerstaatlicher Bindungen“ („Rola prasy w kształtowaniu więzi państwowych): Wiktor Pepliński, *Prasa pomorska w Drugiej Rzeczypospolitej 1920-1939. System funkcjonowania i oblicze społeczno-polityczne prasy polskiej (Die pommerellische Presse in der II. Republik 1920-1939. Funktionsweise und gesellschaftlich-politisches Profil der polnischen Presse)*. Gdańsk 1987, S. 390-405. Lediglich als Materialbasis von Interesse: Zbigniew Dwo-recki, *Problem niemiecki w świadomości narodowo-politycznej społeczeństwa polskiego województw zachodnich Rzeczypospolitej 1922-1939 (Das deutsche Problem im national-politischen Bewußtsein der polnischen Gesellschaft in den westlichen Wojewodschaften Polens 1922-1939)*. Poznań 1981 (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Historia. 92.). Als Beispiel aus jüngster Zeit für die Vernachlässigung der regionalen Problematik zugunsten gesamtstaatlicher Aspekte vgl. *Górny Śląsk i Pomorze – dwa symbole niezależności Drugiej Rzeczypospolitej. Materiały VI Ogólnopolskiego Seminarium Historyków Powstań Śląskich i Plebiscytu zorganizowanego w Bytomiu w dniu 18 maja 1994 roku (Ober-schlesien und Pommerellen – zwei Symbole der Unabhängigkeit der II. Polnischen Republik. Vorträge des 6. Landesweiten Seminars der Historiker der Schlesischen Aufstände und des Plebiszits am 18. Mai 1994 in Beuthen)*, hrsg. v. Marian Mroczko. Bytom 1996.

zierende Aussagen möglich sind. Diese Einschränkung gilt in besonderem Maße für den letzten Teil, der Probleme deutsch-polnischen Zusammenlebens während des Zweiten Weltkriegs erörtert.

1. Ausgangsvoraussetzungen und Rahmenbedingungen: Von der Provinz Westpreußen zur Wojewodschaft Pommerellen

Die alte Provinz Westpreußen war ein naturräumlich, historisch und ethnisch höchst heterogenes Gebilde. Durch den Verbleib der mehrheitlich deutschen Randgebiete im Westen und Osten bei Preußen hatte die neugebildete Wojewodschaft ethnisch ein einheitlicheres Gesicht bekommen. Die Bevölkerung des Gebietes war aber immer noch weit weniger homogen als etwa diejenige der Provinz Posen (Großpolen). Durch Sprache und Brauchtum hoben sich die Kaschuben von ihren polnischen Nachbarn ab.⁹ Die deutsche Bevölkerung wiederum war durch beträchtliche Unterschiede in Lebensstil und Mentalität gekennzeichnet. Ein Menschenschlag für sich waren die protestantischen Bauern in den fruchtbaren Niederungsdörfern an der Weichsel oder die katholischen Koschneider südlich von Konitz (Chojnice).¹⁰ Eine Reihe von Besonderheiten wies schließlich der aus dem Westteil des ostpreußischen Kreises Neidenburg gebildete Kreis Soldau (Działdowo) mit seiner masurischen Bevölkerung auf,¹¹ ebenso die 1938 der Wojewodschaft angegliederten, ehemals kongreßpolnischen (russischen) Gebiete, weniger dagegen die gleichzeitig hinzugetretenen sechs Kreise der Wojewodschaft Posen mit der Stadt Bromberg (Bydgoszcz). Die folgenden Ausführungen beziehen sich, wie in der Literatur üblich, in erster Linie auf den ehemals westpreußischen Teil der Wojewodschaft.

Auch wenn sie unzweifelhaft ein Instrument politischer Auseinandersetzungen darstellten, wecken die Angaben amtlicher Statistiken als solche vergleichsweise wenig Zweifel. Die Volkszählungen im Kaiserreich

⁹ Eine moderne Gesamtdarstellung des kaschubischen Problems in der Zwischenkriegszeit steht noch aus; vgl. demnächst den Beitrag von Józef Borzyszkowski in dem im Druck befindlichen deutsch-polnischen Gemeinschaftswerk „Kaschubisch-Pommersche Heimat“.

¹⁰ Vgl. Heinz Krause, *Das Weichselland. Seine Landschaft und seine Menschen*, in: *Polen und sein preußischer Streifen 1919–1939. Die deutsche Volksgruppe in Posen und Pommerellen*, hrsg. v. Walther Threde in Zusammenarbeit mit Peter Nasarski. Berlin/Bonn 1983, S. 41–46.

¹¹ Vgl. Piotr Bystrzycki, *Działdowszczyzna w latach II Rzeczypospolitej. Życie społeczno-polityczne* (Das Soldauer Land in der II. Republik. Soziales und politisches Leben). Olsztyn 1997 (Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego. 163.).

enthielten die Rubrik der Muttersprache, ebenso die amtliche polnische Erhebung von 1931, während die Volkszählung von 1921 unmittelbar nach dem subjektiven Bekenntnis der Nationalität (*narodowość*) fragte. Beide Angaben getrennt erhob die deutsche Zählung von Dezember 1939. Selbst die scheinbar unverfängliche, ‚objektive‘ Zuordnung aufgrund des Sprachkriteriums stößt in Pommerellen auf größere Schwierigkeiten als in anderen Teilen des historischen deutsch-polnischen Grenzgebietes. Verantwortlich hierfür ist der umstrittene Status des Kaschubischen.¹²

Während die deutsche Politik und Propaganda darauf ausgerichtet war, den Kaschuben eine eigenständige, von der polnischen abweichende Identität zuzuschreiben, wurden sie polnischerseits als Teil der eigenen Nation vereinnahmt. Einwohner der nordwestlichen Kreise Westpreußens mußten eine gewisse Hartnäckigkeit an den Tag legen, wenn sie in der Endphase des Kaiserreichs die Frage nach ihrer Muttersprache noch mit ‚Polnisch‘ beantworteten. Nach 1920 kehrten sich die Vorzeichen um. Für die Erhebung von 1931 liegt das bemerkenswerte Selbstzeugnis eines Zählers vor. Der Volksschullehrer beschreibt im Stil einer Anekdote, wieviel Mühe es ihm und einen Kollegen kostete, ältere Bauern dazu zu bewegen, die Angabe der Muttersprache von ‚Kaschubisch‘ in ‚Polnisch‘ umzuändern.¹³

Bei aller Skepsis gegenüber der Aussagefähigkeit einer politisierten Statistik läßt sie doch eine Tendenz zweifelsfrei erkennen: Die Zahl der Deutschen war in ständigem Rückgang begriffen. Stellten sie 1910 auf dem Gebiet der späteren Wojewodschaft Pommerellen 42,5% aller Bewohner, betrug dieser Anteil 1921 nur noch 18,8%, zehn Jahre später 9,7%. Diese Angaben der amtlichen polnischen Statistik wurden von deutscher Seite nicht ernstlich in Frage gestellt.¹⁴

Der Exodus betraf vor allem die Städte; die verbliebenen Deutschen lebten mehrheitlich auf dem Land und von der Landwirtschaft.¹⁵ Dabei

¹² Als analytischer Problemaufriß immer noch nicht überholt: Jan Baudouin de Courtenay, Kurzes Resumé der „Kašubischen Frage“, in: Ders., *Dzieła wybrane* (Gesammelte Werke). Bd. 5, Warszawa 1983, S. 187-222. Stark simplifizierend dagegen der jüngste Versuch einer Bestandsaufnahme: Problem statusu językowego kaszubszczyzny. Materiały z sesji popularnonaukowej 17 X 1991 (Das Problem der sprachlichen Stellung des Kaschubischen. Beiträge einer populärwissenschaftlichen Tagung am 17.10.1991), hrsg. v. Edward Breza. Gdańsk 1992.

¹³ Zygryd Prószyński, *Z belferskiego podwórka. Wspomnienia z Kaszub* (Aus Schulmeisters Nähkästchen. Erinnerungen aus der Kaschubei). Gdańsk 1984, S. 20f.

¹⁴ Vgl. Przemysław Hauser, *Mniejszość niemiecka w województwie pomorskim w latach 1920–1939* (Die deutsche Minderheit in der Wojewodschaft Pommerellen 1920–1939). Wrocław (u.a.) 1981, S. 13-30.

¹⁵ Vgl. Marek Stażewski, *Exodus. Migracja ludności niemieckiej z Pomorza do Rzeszy po I wojnie światowej* (Exodus. Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus Pommerellen ins Reich nach dem Ersten Weltkrieg). Gdańsk 1998.

besaßen sie mehr und zumeist auch besseren Boden als ihre polnischen Nachbarn. Noch im Jahre 1933 befanden sich 22,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Besitz der Minderheit; bei Großbetrieben über 100 ha belief sich ihr Anteil sogar auf 37,2%.¹⁶ Auch in Handel, Handwerk und Gewerbe waren die im Land verbliebenen Deutschen überproportional vertreten. Genaue Angaben zur Sozialstruktur dieser Bevölkerungsgruppe sind nach dem momentanen Forschungsstand allerdings nicht möglich.¹⁷ Durch Überlagerung von sozialen und nationalen Gegensätzen war eine Konfliktkonstellation vorgezeichnet. Soziale Diskrepanzen zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung waren allerdings keine Spezifik Pommerellens, sondern in nahezu allen gemischten Siedlungsgebieten der Zweiten Republik anzutreffen. Im Vergleich zu Posen oder Oberschlesien standen auf dem Gebiet des ehemaligen Westpreußens die Chancen für ein friedliches Zusammenleben jedoch nicht besonders schlecht.

Schon während des Kaiserreiches hatten die deutsch-polnischen Auseinandersetzungen nicht die Intensität des Konfliktes in der südlichen Nachbarprovinz erreicht.¹⁸ Vor allem aber waren der Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg keine bewaffneten Auseinandersetzungen vorausgegangen, auch nicht (mit Ausnahme von fünf Weichseldörfern) eine Volksabstimmung, die – wie im Falle Oberschlesiens – zu einer nationalen Polarisierung hätte führen können. Die deutschen und polnischen Eliten hatten sich den Entscheidungen von Versailles untergeordnet; auf lokaler Ebene war es nicht selten sogar zu einer begrenzten Zusammenarbeit gekommen. Die Deutschen, die 1920 Bürger Polens wurden, hatten sich mehrheitlich mit ihrem Schicksal abgefunden und teilweise sogar bereits begonnen, Polnisch zu lernen.¹⁹ Vieles hing jetzt davon ab, wie sich

¹⁶ Vgl. Roman Dąbrowski, Bastiony niemieczyny w rolnictwie pomorskim w latach 1920–1939 (Deutsche Hochburgen in der Landwirtschaft Pommerellens 1920–1939), in: *Przegląd Zachodniopomorski* 27 (1963), Nr. 3-4, S. 133-143, hier S. 139.

¹⁷ Vgl. die Überblicksdarstellung von Stefan Kowal, Dysproporcje narodowościowe w składzie społecznym Wielkopolski i Pomorza w międzywojennym dwudziestoleciu (Nationale Disproportionen in der Sozialstruktur Großpolens und Pommerellens in der Zwischenkriegszeit). Poznań 1972 (Zeszyty Naukowe Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu 75. Historia 12.), S. 223-235.

¹⁸ Vgl. Szczepan Wierzechosławski, Polski ruch narodowy w Prusach Zachodnich w latach 1860–1914 (Die polnische Nationalbewegung in Westpreußen 1860–1914). Wrocław (u.a.) 1980.

¹⁹ Vgl. Mieczysław Wojciechowski, Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Polen in Westpreußen 1918–1920, in: *Gemeinsam für Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit*. Rostock 1985, S. 39-45 (Studien zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. 10.); ders., *Powrót Pomorza do Polski 1918–1920 (Die Rückkehr Pommerellens nach Polen 1918–1920)*. Warszawa (u.a.) 1981 (Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu. 80, 2.).

der neue Staat präsentieren würde, welche ersten Erfahrungen mit seinen Vertretern gesammelt wurden.

Pommerellens erster Wojewode Stefan Łaszewski wandte sich am Schluß einer programmatischen Ansprache ausdrücklich auch an die Angehörigen der deutschen Minderheit. Es gebe keinen Anlaß zu Befürchtungen, versicherte er: „Wir wollen mit euch leben und einträchtig arbeiten zum Wohle des Landes, dessen Bürger ihr werdet.“²⁰ Der oberste Beamte konnte sich dabei auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen. Im gleichen Tenor war der Stimmungsbericht einer Warschauer Wochenzeitung vom April 1920 gehalten. Ihr Korrespondent unterschied deutlich zwischen altansässigen Deutschen und den Vertretern staatlicher Germanisierungspolitik, den ‚Hakatischen‘. Die „Beamtenbande“ („banda urzędnicza“) habe Thorn bereits verlassen, stellte er erleichtert fest und vergaß nicht hinzuzufügen: „Die deutschen Bürger, die geblieben sind, können es bei uns ganz gemütlich haben.“²¹

2. Probleme nationaler Identitätsbildung und Rollenerwartungen 1920–1939

Als von Mitte Januar bis Anfang Februar 1920 polnische Truppen das Territorium der Wojewodschaft von Süd nach Nord fortschreitend besetzten, wurde ihnen ein triumphaler Empfang bereitet.²² Festlich geschmückte Häuser und Straßen, Ansprachen auf den zentralen Plätzen und Aufmärsche patriotischer Vereine mit ihren Fahnen stellten an sich ein vertrautes Zeremoniell aus der Kaiserzeit dar. Die Emblematisierung hatte gewechselt, und statt den Farben Schwarz-Weiß-Rot beherrschten nun

²⁰ Aufruf des Wojewoden in Thorn am 18.1.1920, in: *Powrót Polski nad Bałtyk. Antologia tekstów historycznych* (Die Rückkehr Polens an die Ostsee. Anthologie historischer Texte), hrsg. v. Marian Marek Drozdowski. Warszawa 1997, S. 89 ff.: „Pragniemy z Wami żyć i pracować w zgodzie dla dobra kraju, którego stacie się obywatelami.“ (S. 91)

²¹ Ignacy Grabowski, *Od Torunia po Puck* (Von Thorn nach Putzig), in: *Tygodnik Ilustrowany* Nr. 5-8 vom 1.–21.4.1920, abgedruckt in: *Powrót* (wie Anm. 20), S. 109-122, hier S. 116: „Niemcom bürgerom, którzy pozostali, może być z nami całkiem gemütlich.“ Das Schlagwort ‚Hakatisch‘ aus der Zeit des Kaiserreichs ging auf die Anfangsbuchstaben der Gründer des Deutschen Ostmarkenvereins zurück, der die Berliner Germanisierungspolitik fördern sollte. Als halbstaatlicher Kampfverband hatte er sich in erster Linie auf die Beamtenschaft gestützt; ‚Hakatismus‘ wurde bald zu einem Synonym für deutschen Chauvinismus schlechthin.

²² Vgl. Wojciechowski, *Powrót* (wie Anm. 19), S. 197-205.

Weiß und Rot allein das Feld; an die Stelle der preußischen Pickelhaube war die viereckige Uniformmütze, die ‚rogatywka‘ getreten.²³

Das Gefühl nationaler Euphorie jener Wochen, das von polnischen wie deutschen Quellen gleichermaßen bezeugt wird, wich bald schon tiefgehender Enttäuschung und Desillusionierung. Der Stimmungsumschwung nahm derart bedrohliche Ausmaße an, daß eigens eine Sejmkommission einberufen wurde, die im Sommer 1920 das Gebiet der Wojewodschaft bereiste.²⁴ Ihr Abschlußbericht führte die katastrophale Stimmung im wesentlichen auf zwei Faktoren zurück: die Währungspolitik und das Auftreten der Staatsbeamten. Deutsche und Polen erlebten die erste Zeit unter der neuen Herrschaft als eine Phase extremer Übervorteilung und Ausplünderung. Die amtliche Gleichstellung von polnischer Mark und Reichsmark (bei einer Kaufkraftrelation von mindestens eins zu fünf) hatte einen Vermögenstransfer von West nach Ost zur Folge. Auswärtige Spekulanten und Hamsterkäufer nutzten die Gelegenheit, sich billig mit Gütern aller Art einzudecken. Daß sich hierbei auch die soeben noch feierlich begrüßten Offiziere hervortaten, mußte in Pommerellen Verbitterung hervorrufen. Darüber hinaus wurden Klagen über die Kolonialherrenmentalität des Militärs laut, das sich wie in einem besiegten Land aufführte. Kaum günstiger fiel die Bewertung der Zivilverwaltung aus.

Vorgeworfen wurde den Beamten einerseits Überheblichkeit und Arroganz im Umgang mit der einheimischen Bevölkerung, andererseits zu große Nachgiebigkeit gegenüber der deutschen Minderheit. Während die erste Beschuldigung pauschal gegen die ehemals österreichischen Staatsdiener gerichtet war, wurden im zweiten Fall einige Starosten (Landräte) namentlich aufgeführt, die nach Ansicht der Kommission abzulösen waren. Wie eine Nachprüfung ergibt, handelte es sich hierbei um Einheimische. Der Typus eines pommerellischen Verwaltungsbeamten, der als Landeskenner den örtlichen Polen mit Verständnis und den Deutschen mit Härte begegnet, stellte eine Wunschprojektion dar. Ein solches Idealbild war zugleich Ausdruck einer bestimmten Parteirichtung, der Nationaldemokratie.

Die traditionell deutschfeindliche und antisemitische Endecja versuchte sich wie in der Wojewodschaft Posen als Anwalt regionaler Belange zu profilieren. Als elitäre Partei der Gebildeten und wirtschaftlich Besserge-

²³ Vgl. Toruń. Miasto i ludzie na dawnej fotografii (do 1939 roku) (Thorn – Stadt und Menschen auf alten Photos [vor 1939]), hrsg. v. Marian Biskup. Toruń 1995, S. 122 u. 131 f.

²⁴ Sejm Rzeczypospolitej o Pomorzu w 1920 roku. Sprawozdanie Komisji Pomorskiej (Der polnische Sejm über Pommerellen im Jahre 1920. Bericht der Pommerellen-Kommission), hrsg. v. Józef Borzyszkowski u. Przemysław Hauser. Gdańsk 1985.

stellten besaß sie über den Klerus einen bedeutenden Einfluß auch auf untere Schichten.²⁵ Allerdings verfügte sie in Pommerellen nicht über eine ähnlich unangefochtene Stellung wie in Großpolen. Den Status einer Regionalpartei konnte hier mit größerem Recht die Nationale Arbeiterpartei (NPR) beanspruchen. Der schärfste innenpolitische Konkurrent der *Endecja* während der 20er Jahre trat programmatisch nicht nur für eine stärkere Berücksichtigung sozialer Belange, sondern auch für eine rasche Integration Pommerellens in den Gesamtstaat ein.

Einer Rekrutierung der Beamenschaft allein aus gebürtigen Pommerellern waren objektiv Grenzen gesetzt. Die *Wojewodschaft* verfügte historisch bedingt nicht über das Reservoir an entsprechend qualifizierten Kräften. Bereits während des Kaiserreiches hatten sich Verbindungen der polnischen Nationalbewegung zur Provinz Posen ergeben; den von dort stammenden Beamten stellte die Kommission auch ein positives Zeugnis aus. Minutiöse Untersuchungen ergaben inzwischen, daß in Pommerellen die Planstellen der Verwaltung zum überwiegenden Teil mit Einheimischen besetzt waren. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß es eben das statistische Drittel auswärtiger Beamten war, die das Bild in der Bevölkerung bestimmten.²⁶

Einen Testfall für die Identifizierung mit dem neuen Staat stellte der polnisch-sowjetische Krieg im Sommer 1920 dar. Von der Möglichkeit, für Deutschland zu optieren und sich somit der Einberufung zu entziehen, machten besonders in den nördlichen Kreisen ganze Jahrgänge Gebrauch.²⁷ Die Tatsache, daß sich das Militär zum Fouragieren im eigenen Land gezwungen sah, steht zugleich symbolhaft für die Strukturproble-

²⁵ Vgl. Jan Walkusz, *Duchowieństwo diecezji chełmińskiej 1918–1939* (Der Klerus der Diözese Kulm 1918–1939). Pelplin 1992.

²⁶ Vgl. Józef Borzyszkowski, Przemysław Hauser, *Jeszcze w kwestii „Sprawozdania Komisji Pomorskiej z 1920 roku“* (Nochmals zum „Bericht der Pommerellen-Kommission von 1920“), in: *Zapiski Historyczne* 53 (1988), Nr. 3-4, S. 101-106, hier S. 104; Janusz Kutta, „My“ i „oni“ na Pomorzu w latach 1920–1939. Przyczynek do dziejów integracji społeczeństwa polskiego („Wir“ und „die da“ in Pommerellen 1920–1939. Ein Beitrag zur Integrationsgeschichte der polnischen Nation), in: *Zapiski Historyczne* 56 (1991), S. 223-249.

²⁷ Vgl. Sejm (wie Anm. 24), S. 31; Niendorf, *Minderheiten* (wie Anm. 6), S. 201 f.; ders., *Vandsburg – Więcbork (Pommerellen): Eine kleine Stadt und die große Politik. Aspekte der Minderheitenproblematik in der II. Polnischen Republik*, in: *Pol-ska między Niemcami a Rosją. Studia ofiarowane Marianowi Wojciechowskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin (Polen zwischen Deutschland und Rußland. Marian Wojciechowski zum 70. Geburtstag)*, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej u. Paweł Wieczorkiewicz. Warszawa 1997, S. 141-156, hier S. 144; Józef Borzyszkowski, *W II Rzeczypospolitej. Specyfika ziemiańskiego pogranicza (In der II. Republik. Die Spezifik des Grenzgebietes von Dzimianen)*, in: *Lipusz – Dzimianen. Monografia (Lippusch – Dzimianen. Monographie)*, hrsg. v. dems. Gdańsk 1994, S. 194-329, hier S. 197.

me des jungen Staates. Schon Wapiński wies in seiner Gesamtdarstellung darauf hin, daß das Phänomen enttäuschter Erwartungen in der Zweiten Republik nicht auf die Westgebiete beschränkt war.²⁸

In Pommerellen allerdings drängten sich den Einheimischen sofort Vergleiche mit Deutschland auf, und das sowohl mit dem Kaiserreich als auch mit den aktuellen Verhältnissen in Weimarer Republik oder Drittem Reich. Selbst für die polnischen Behörden stellte das Nachbarland eine ständig präsente Bezugsgröße dar. Pommerellen, die keilförmig in fremdes Staatsgebiet hineinreichende Verwaltungseinheit, war eine Grenzregion par excellence. Nicht weniger als zwölf der 18 Kreise grenzten an das Deutsche Reich oder an die Freie Stadt Danzig. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Wojewodschaft wurden entscheidend durch eben diese Grenzlage geprägt. Eine moderne Untersuchung der Umstellungsprobleme, die die Integration in eine neue Volkswirtschaft mit sich brachte, steht noch aus.²⁹

Nach dem Fortfall der Märkte im Innern Deutschlands mußten Bauern und Gutsbesitzer mit den kostengünstiger produzierenden Betrieben im Innern Polens konkurrieren. Sinkenden Erlösen für landwirtschaftliche Erzeugnisse standen gestiegene Preise für Maschinen und andere Produktionsmittel gegenüber.³⁰ Kostete in Deutschland ein Dampfpflugsatz den Gegenwert von 5000 Zentnern Roggen, waren es in Polen 22000 Zent-

²⁸ Vgl. Wapiński, *Życie* (wie Anm. 5), S. 54. Im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Wiedererlangung staatlicher Unabhängigkeit sind diese Probleme von Polens Historikern intensiv diskutiert worden. Vgl. Antoni Czubiński, *Spory o II Rzeczpospolitą. Ewolucja poglądów publicystyki i historiografii polskiej na temat przyczyn odbudowy i znaczenia niepodległego państwa dla narodu polskiego* (Die Auseinandersetzungen um die II. Republik. Entwicklungstendenzen in der polnischen Publizistik und Geschichtswissenschaft zur Frage der Entstehung und Bedeutung eines unabhängigen Staates für die polnische Nation). 2. Aufl., Poznań 1988; Roman Wapiński, *Polska wyśniona i rzeczywista* (listopad 1918 – grudzień 1922). *Przyczynek do dziejów świadomości społecznej w pierwszych latach niepodległości* (Das erträumte und das reale Polen [November 1918 – Dezember 1922]. Ein Beitrag zur Geschichte des gesellschaftlichen Bewußtseins in den ersten Jahren der Unabhängigkeit), in: *Od obcego panowania do niepodległego państwa. Materiały sesji naukowej zorganizowanej na 70-lecie odbudowy Państwa Polskiego* (Von der Fremdherrschaft zum unabhängigen Staat. Beiträge einer wissenschaftlichen Konferenz zum Wiederaufbau des polnischen Staates vor 70 Jahren), hrsg. v. Mieczysław Wojciechowski. Toruń 1991, S. 23-55.

²⁹ Vgl. den knappen Überblick von Roman Wapiński, *Lata nadziei* (1918–1939) (Jahre der Hoffnung [1918–1939]), in: *Dzieje Pomorza Nadwiślańskiego od VI wieku do 1945 roku* (Geschichte Pommerellens vom 6. Jahrhundert bis zum Jahr 1945), hrsg. v. Władysław Odyniec. Gdańsk 1978, S. 419-482, hier S. 430-443.

³⁰ Die Darstellung von Theodor Oberländer, *Die Landwirtschaft Posen-Pommerellens vor und nach der Abtrennung vom Deutschen Reich*. Berlin 1937 (Schriften des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Königsberg. [6].), ist bis jetzt unwidersprochen geblieben. Vgl. Wapiński, *Lata nadziei* (wie Anm. 29), S. 433 f.

ner.³¹ Die schwere wirtschaftliche Lage Pommerellens in der Zwischenkriegszeit war allerdings nicht nur eine Folge des Versailler Vertrags. Manche Probleme gingen auf Strukturschwächen der Region zurück, die tieferreichende Wurzeln besaßen. Bereits zur preußischen Zeit konnte das agrarisch geprägte Gebiet seinen Bevölkerungsüberschuß nicht im Land behalten. Große Teile der Provinzbewohner blieben auf Saisonarbeit in anderen Teilen des Reichs angewiesen – eine Möglichkeit, die nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend entfiel. Eine tiefgreifende Industrialisierung und Modernisierung unterblieb auch in der Zwischenkriegszeit. Der Bau eines modernen Überseehafens in Gdingen (Gdynia), der durch eine Bahnlinie mit dem ostoberschlesischen Kohlerevier verbunden wurde, besaß Ausnahmecharakter, der die Lebensverhältnisse der Wojewodschaft nicht entscheidend beeinflussen konnte.

Von den Schwierigkeiten waren alle Bewohner unabhängig von ihrer Nationalität zunächst gleichermaßen betroffen. Nach der Stabilisierung der polnischen Währung durch Einführung des *Złoty* 1924 machte sich ein erheblicher Kreditbedarf bemerkbar, den deutsche Einrichtungen (nicht zuletzt dank der Subventionen aus dem Reich) offenbar besser zu befriedigen vermochten als polnische Institutionen. Die Kehrseite einer massiven Verschuldung deutscher Betriebe trat anschließend während der Weltwirtschaftskrise scharf zu Tage, die in Polen besonders lange, von 1929 bis 1935, anhielt.

Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet lagen Ansatzpunkte für eine national übergreifende Kooperation. Viele ländliche Genossenschaften besaßen gemischten Charakter. Die wichtigste Organisation der deutschen Minderheit, der „Landbund Weichselgau“, nahm für sich in Anspruch, von Anfang an bestrebt gewesen zu sein, „alle Landwirte Westpreussens ohne Unterschied der Nationalität, Partei und Religion unter einen Hut zu bringen“. Daß dieser „schöne Plan“ gescheitert sei, gehe auf die polnische Seite zurück, die Anstoß an dem „wenigstens vorläufig noch notwendig bleibenden Gebrauch der deutschen Verhandlungssprache“ genommen habe.³² Besaß die Beschwörung einer solchen Utopie eher rhetorisch-propagandistische Bedeutung, war das Angebot zur Kooperation in Sachfragen keine leere Worthülse. Seit Mitte der 20er Jahre traten vereinzelt auch polnische Bauern dem Landbund bei, während umgekehrt deutsche Landwirte ab 1930 in polnische Organisationen wechselten, wenn sie dort

³¹ Vgl. Hans von Rosen, Bilanz. Das deutsche Gut in Posen und Pommerellen. Rosbach v.d.H. 1972, S. 62.

³² Aufruf des Kreislandbundes Tuchel vom 31.3.1920 „An alle deutschen Landwirte!“ Archiwum Państwowe w Bydgoszczy (Staatsarchiv Bromberg) (APB), Deutsch-tumsbund, Nr. 714.

ihre Interessen besser wahrgenommen sahen.³³ Noch im Sommer 1938 arbeiteten deutsche und polnische landwirtschaftliche Organisationen in der Frage des Arbeitsschutzes zusammen und vereinbarten gemeinsame Betriebsbesichtigungen.³⁴ Die letzten Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg standen allerdings im Zeichen eines verschärften Kampfes der Behörden gegen das deutsche Genossenschaftswesen.

Die polnische Minderheitenpolitik war bereits mehrfach Gegenstand von Untersuchungen, auf die hier nur pauschal verwiesen sei.³⁵ Was die Konzeption eines polnischen Nationalstaates anbelangt, so waren sich die verschiedenen politischen Lager darüber im klaren, daß jeder Versuch einer Assimilation der deutschen Minderheit von vorneherein zum Scheitern verurteilt war. Unterschiedliche Auffassungen bestanden darüber, ob es möglich sei, diese Bevölkerungsgruppe zu loyalen Bürgern zu erziehen, oder ob ihre vollständige Verdrängung aus Polen anzustreben sei.³⁶ Den an sich in der Minderheitenpolitik einen eher toleranten Kurs vertretenden Gefolgsleuten Piłsudskis fiel es schwer, nach dem Maiumsturz von

³³ Vgl. Przemysław Hauser, *Landbund Weichselgau – zawodowa organizacja rolnicza mniejszości niemieckiej w woj. pomorskim w latach 1920–1939* (Der Landbund Weichselgau – eine landwirtschaftliche Berufsorganisation der deutschen Minderheit in der Wojewodschaft Pommerellen 1920–1939), in: *Zapiski Historyczne* 44 (1979), S. 635–655. Traditionell ethnozentrisch ist die einzige neuere Monographie von Barbara Okoniewska, *Polscy ziemianie i chłopci Wielkopolski i Pomorza w latach II Rzeczypospolitej (Ich aktywność gospodarcza i polityczna)* (Polnische Gutsbesitzer und Bauern in Großpolen und Pommerellen während der II. Republik [Ihre wirtschaftliche und politische Betätigung]). Gdańsk 1991 (Gdańskie Towarzystwo Naukowe. Wydział I: Nauk Społecznych i Humanistycznych. Seria Monografii. 93.).

³⁴ Vgl. das *Kommuniqué*, in: *Gazeta Sępoleńska* Nr. 52 vom 29.6.1938.

³⁵ Vgl. neben Blanke, *Orphans* (wie Anm. 6), Marian Wojciechowski, *Die deutsche Minderheit in Polen (1920–1939)*, in: *Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern (1920–1939)*, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive v. Rudolf Jaworski u. Marian Wojciechowski. Bd. 1, München (u.a.) 1997 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte. 9,1.), S. 3–26; Albert S. Kotowski, *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919–1939*. Wiesbaden 1998 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund. 23).

³⁶ Vgl. Andrzej Chojnowski, *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921–1939* (Konzepte für die Nationalitätenpolitik der polnischen Regierungen 1921–1939). Wrocław (u.a.) 1979 (*Polska myśl polityczna XIX i XX wieku*. 3.); Waldemar Paruch, *Mniejszości narodowe w myśli politycznej obozu piłsudczyńskiego (1926–1939)* (Nationale Minderheiten in der politischen Ideenwelt des Piłsudski-Lagers [1926–1939]). Lublin 1997; Jerzy Juchnowski, *Polski ruch socjalistyczny wobec Niemiec okresu Republiki Weimarskiej* (Die polnische sozialistische Bewegung gegenüber Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik). Wrocław 1997 (*Acta Universitatis Wratislaviensis*. 2005.), S. 65–87; Rogers Brubaker, *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*. Cambridge 1996, S. 86–93.

1926 in der Region Fuß zu fassen. In der Folge sahen sich die neuen Machthaber gezwungen, weitgehend die ideologischen Positionen des politischen Gegners zu übernehmen. Dies betraf insbesondere die antisemitische und deutschfeindliche Haltung der Nationaldemokratie.

In Berlin wiederum bestand ein weitreichender, parteienübergreifender Konsens in der Frage einer verdeckten Subventionierung der Deutschen in Polen.³⁷ Die Millionenbeträge, die über die Grenze flossen, stärkten die Position der Minderheitenführer, brachten sie gegenüber Berlin aber auch in ein Abhängigkeitsverhältnis. Politisch repräsentierten sie eher das national-konservative Lager. Charakteristisch war, daß die Deutschen Pommerellens lange Zeit über keine zentrale Interessenvertretung verfügten. Ersatz boten verschiedene kulturelle und wirtschaftliche Vereine, von denen der „Landbund Weichselgau“ besondere Bedeutung besaß. Erst nach Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes im Januar 1934 konnte offiziell eine politische Partei gegründet werden, die „Deutsche Vereinigung für Westpolen“ (DV). Ihr erwuchs ein erbitterter Konkurrent in Gestalt der „Jungdeutschen Partei“ (JDP), die ihre Wurzeln im schlesischen Bielitz (Bielsko) besaß. Unterschiede betrafen weniger Programmpunkte als das äußere Erscheinungsbild, zumal beide Parteien sich der Unterstützung von Institutionen des NS-Staates versichern konnten und eindeutige Bekenntnisse zum Nationalsozialismus ablegten. Bis Kriegsbeginn war es zu einer weitgehenden Annäherung zwischen DV und JDP gekommen.³⁸

Diese Entwicklung unterschied sich nicht von derjenigen in der Wojewodschaft Posen, zumal sich der Einzugsbereich der verschiedenen Minderheitenorganisationen weitgehend deckte oder zumindest in Teilen überschchnitt.³⁹ Zentrale Einrichtungen in Pommerellen tätiger Vereine waren in Bromberg konzentriert; der Einflußbereich des Posener Konsistoriums erstreckte sich faktisch auch auf die evangelischen Gemeinden Pommerellens.⁴⁰

Allein schon wegen dieser Organisationsstruktur war nicht zu erwarten, daß die Eliten der Minderheit versuchen würden, ein besonderes

³⁷ Vgl. Norbert Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933. Stuttgart 1973 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 27).

³⁸ Vgl. Blanke, Orphans (wie Anm. 6), S. 170–182.

³⁹ Vgl. Przemysław Hauser, Die deutsche Minderheit in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen 1918–1939, in: Deutsche und Polen (wie Anm. 35), S. 273–282; Dariusz Matelski, Mniejszość niemiecka w Wielkopolsce w latach 1919–1939 (Die deutsche Minderheit in Großpolen 1919–1939). Poznań 1997 (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Historia. 187).

⁴⁰ Vgl. Heinz Neumeyer, Kirchengeschichte von Danzig und Westpreußen in evangelischer Sicht. Bd. 2: Die evangelische Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Leer 1977, S. 149–172.

Vorpostenbewußtsein unter den Deutschen im ‚Korridor‘ zu propagieren, das sie von ihren Landsleuten in anderen, international weniger exponierten Teilen Polens abgehoben hätte. Offiziell bekundeten alle Organisationen ohnehin ihre Loyalität gegenüber dem polnischen Staat. Die Feststellung der Sejmkommission von 1920, die Deutschen Pommerellens „schielen noch immer mit einem Auge nach Berlin“, besaß auch in späteren Jahren eine gewisse Berechtigung.⁴¹ Daraus pauschal den Vorwurf der Illoyalität abzuleiten, wie dies die ältere polnische Forschung tat, erscheint indes zu weitgehend. Eher könnte man die Einstellung der meisten Deutschen mit dem Begriff des ‚Attentismus‘ umschreiben.⁴²

Waren die Verbindungen der pommerellischen Deutschen zu ihren Landsleuten in Großpolen historisch und organisatorisch vorgegeben, so datieren Versuche, ein Gemeinschaftsgefühl unter allen in Polen lebenden Deutschen unabhängig von den Grenzen der Teilgebiete zu wecken, erst aus der Zeit des Nationalsozialismus. In dem günstigen Klima, das die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes zwischen Berlin und Warschau im Januar 1934 geschaffen hatte, trat nun die deutsche Minderheit nach außen stärker in Erscheinung, und dies nicht nur mit Uniformen und Abzeichen der neugegründeten Parteien. Charakteristisch war eine künstliche Belebung bzw. Schaffung dessen, was man als Volkskunst verstand: Trachten, Tänze und Feiern wie Heldengedenken oder Erntedankfest.⁴³

Damit begann die Minderheit, sich allmählich den öffentlichen Raum zurückzuerobern, den sie 1920 weitgehend kampflos der polnischen Gesellschaft und ihrem Staat überlassen hatte. Wenn sich dieser Prozeß auch mit einem gewissen Nachholbedarf deutscherseits erklären läßt, verlief er doch nicht losgelöst von parallelen Tendenzen in der Mehrheitsgesellschaft. Das Erntedankfest beispielsweise war Ende der 30er Jahre nicht mehr per se eine Feier der am landwirtschaftlichen Produktionsprozeß beteiligten Personen, sondern konnte auch der nationalen Manifestation dienen – als ‚altdeutsches‘ bzw. ‚altpolnisches‘ Erntedankfest.⁴⁴ Eine genaue Analyse dieses Phänomens mittels kulturgeschichtlicher Ansätze ist

⁴¹ Sejm (wie Anm. 24), S. 33 (im Original deutsch).

⁴² Vgl. Mathias Niendorf, Die deutsche Minderheit in Polen zwischen 1918–1945, in: Anerkannt als Minderheit (wie Anm. 6), S. 39–52, hier S. 46; Dariusz Matelski, Mniejszość niemiecka na Pomorzu Gdańskim (1920–1996) (Die deutsche Minderheit in Pommerellen [1920–1996]), in: Rocznik Gdański 57 (1997), Nr. 1, S. 93–105, hier S. 104.

⁴³ Vgl. Richard Breyer, Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen. Würzburg 1955 (Marburger Ostforschungen. 3.), S. 325, Anm. 87.

⁴⁴ Vgl. Mathias Niendorf, Die Grenze als Grauzone. Zum Problem der Perspektive in den deutsch-polnischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, in: Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hans Lemberg (im Druck).

derzeit allerdings nicht möglich. Die verschiedenen Elemente nationaler Formensprachen wurden bisher weder inventarisiert noch in ihrer sozialen oder geschlechtsspezifischen Reichweite erforscht.

Was die symbolische Besetzung des öffentlichen Raumes anbelangt, hatten gleich 1920 die Vertreter des polnischen Staates die Initiative übernommen und sich bemüht, alle Spuren langjähriger Fremdherrschaft, wie sie es verstanden, zu tilgen. Hierzu gehörte nicht allein das Abtragen wilhelminischer Denkmäler (sofern diese nicht vorher außer Landes gebracht worden waren), sondern auch Anordnungen zum Übermalen von Inschriften und Firmenschildern bis hin zur weitgehenden Ausschaltung des Deutschen als Behördensprache. Von einem Angehörigen der noch vom Kaiserreich geprägten Elite, Thorns langjährigem Pfarrer Reinhold Heuer, wurde dieser äußere Wandel als Ausdruck einer zielbewußten Politik wahrgenommen und als schmerzlich empfunden.⁴⁵

Polnische Versuche, eine eigenständige nationale Identität zu konstruieren, konnten allerdings nicht auf den demonstrativen Bruch mit borusisch-deutschen Traditionen beschränkt bleiben. Nicht immer genügte ein paar Handgriffe wie im Falle des Thorner Obeliskens, der nach entsprechender Umgestaltung statt Hindenburg nun seinen Berufskollegen Józef Haller ehrte.⁴⁶ Der Oberbefehlshaber der pommerellischen Front hatte am 10. Februar 1920 bei Putzig (Puck) in Anwesenheit höchster politischer Prominenz einen Platinring in die Ostsee geworfen und damit „die Vermählung Polens mit dem Meere“ vollzogen. Die symbolische Handlung sollte den Anspruch des Landes auf das Territorium Pommerellens wie auf den Rang einer Seemacht bekräftigen.⁴⁷

Derselbe Tenor durchzog eine Reihe zeitgenössischer Propagandaschriften; darüber hinaus wurde eine eigene „See- und Kolonialliga“ („Liga Morska i Kolonialna“) gegründet. Politisch größere Bedeutung besaß der „Verband zur Verteidigung der Westmarken“ bzw. ab 1934 der „Polnische Westverband“ („Związek Obrony Kresów Zachodnich“ bzw. „Polski Związek Zachodni“). Es handelte sich um die typische Form eines halbstaatlichen nationalen Kampfverbands, der von der Beamten-schaft dominiert wurde. Eine Mitgliedschaft war nicht nur für Staatsbe-

⁴⁵ Vgl. Reinhold Heuer, Siebenhundert Jahre Thorn 1231–1931. Danzig 1931 (Ostland-Darstellungen. 1.), S. 67; Stażewski, Exodus (wie Anm. 15), S. 135 f.

⁴⁶ Vgl. Marjan Sydow, Toruń. Jego dzieje i zabytki (Thorn. Geschichte und Baudenkmäler). Toruń 1929, S. 124.

⁴⁷ Vgl. die populäre Dokumentation von Daniel Duda, Zaślubiny Polski z morzem. Historia – tradycja – współczesność (Z badań nad najnowszymi dziejami Pomorza Gdańskiego) (Die Vermählung Polens mit dem Meer. Geschichte – Tradition – Gegenwart [Aus Forschungen zur pommerellischen Zeitgeschichte]). Gdynia 1997; Powrót Polski (wie Anm. 20), S. 91–95.

dienstete kaum zu umgehen, sondern auch für all diejenigen, die in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Behörden standen. In der Öffentlichkeit traten die Vereine durch propagandistische Großveranstaltungen hervor, so etwa im Jahre 1930, als im Zuge der Weltwirtschaftskrise aus Deutschland zunehmend revisionistische Töne zu vernehmen waren. Als Reaktion veranstaltete der Westmarkenverein landesweit einen ‚Pommerellischen Monat‘. Eine als Argumentationshilfe konzipierte Handreichung für lokale Veranstalter unterstrich die Bedeutung der Region für den polnischen Gesamtstaat, ohne auf die Spezifik des Landes ausführlicher einzugehen.⁴⁸

Die instrumentelle Behandlung Pommerellens kann als eine Konstante polnischer Politik gelten.⁴⁹ Der Ausbau Gdingens von einem Fischerort zu einem Überseehafen wurde als eine Leistung des Gesamtstaates und nicht einer Region inszeniert und propagiert. Der Ruf eines Eldorados an der Ostsee zog Arbeitssuchende aus ganz Polen an, was im Zeichen gesamtstaatlicher Integration durchaus erwünscht war, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Anwohner jedoch verschlechterte. Töne der Frustration klingen gelegentlich in Memoiren an – der biedere Kaschube, so das Autostereotyp, konnte eben nicht mit der Lebenstüchtigkeit und Redegewandtheit der Zuwanderer mithalten.⁵⁰ Mit dem Widerspruch zwischen nationaler Rhetorik und Realität mußte sich selbst der „Verband zur Verteidigung der Westmarken“ auseinandersetzen. Einzelne Ortsgruppen nutzten das Forum zu Resolutionen, die kaum mit satzungsmäßigen Vereinszielen zu vereinbaren waren, so etwa zu der Forderung nach Ablösung auswärtiger Beamter und einer Forcierung der Agrarreform unter vorrangiger Berücksichtigung einheimischer Interessenten.⁵¹

⁴⁸ Frontem do morza i Pomorza. Materiał dla urządzających obchody, akademie, odczyty, pogadanki szkolne itp. w czasie „Miesiąca Pomorza“ (od 16.XI.–16.XII.1930 r.) (Mit der Front zum Meer und nach Pommerellen. Material für die Veranstaltung von Festen, Gedenkfeiern, Lesungen, Schulvorträgen u.ä. während des „Pommerellischen Monats“ [vom 16.11.–16.12.1930]), hrsg. v. Związek Obrony Kresów Zachodnich. Poznań 1930.

⁴⁹ Vgl. Roman Wapiński, Główne elementy integracji Pomorza Gdańskiego z pozostałymi ziemiami polskimi w latach 1920–1970 (Hauptelemente der Integration Pommerellens mit dem übrigen Polen 1920–1970), in: Zapiski Historyczne 37 (1972), S. 419–452.

⁵⁰ Vgl. Stefan Fikus, Historia wsi Luzina i okolic w latach 1871–1985 (Geschichte des Dorfes Lusino und seiner Umgebung 1871–1985). Gdańsk 1992, S. 114; Bolesław Jązdzewski, Wspomnienia kaszubskiego „gbura“. Część pierwsza: 1921–1943 (Erinnerungen eines kaschubischen „Bauern“. Tl. 1: 1921–1943). Gdańsk 1992, S. 52 f. Wapiński, *Życie* (wie Anm. 5), S. 76, beschränkt sich auf die Feststellung, daß der Mythos von Polen zur See (legenda morska) weder im Land noch in der Region ge-griffen habe.

⁵¹ Vgl. Marek Orski, Organizacja okręgu pomorskiego Związku Obrony Kresów Zachodnich w latach 1921–1934 (Die Organisation des Bezirks Pommerellen des Verbandes zum Schutze der Westmarken 1921–1934), in: Zapiski Historyczne 51 (1986), S. 497–530, hier S. 521.

Das Gefühl, gegenüber Zuwanderern aus anderen Teilen Polens benachteiligt zu werden, begünstigte eine regionale kaschubische Bewegung. Diese war allerdings in sich gespalten und vermochte ihren Einfluß nicht auf den Süden der Wojewodschaft auszudehnen, auch wenn Jan Karnowski, einer ihrer bedeutendsten Führer, das Konzept eines pommerellischen Regionalismus entwickelte, in dem er den Kaschuben eine Schlüsselrolle zuwies.⁵² Griffige Inhalte und Symbole einer das gesamte Gebiet Pommerellens integrierenden Ideologie waren allerdings auch nicht leicht zu finden.

Die polnische Nationalbewegung Westpreußens verfügte nicht über Volkshelden wie den Kleinbauern Drzymała oder die streikenden Schulkinder von Wreschen (Września), die als Symbolgestalten des Widerstands gegen staatliche Germanisierungspolitik weit über die Grenzen der Provinz Posen hinaus Bekanntheit erlangten.⁵³ Da das Territorium der Wojewodschaft allein auf dem Vertragswege an Polen gefallen war, entfiel auch die Möglichkeit, wie in Schlesien und Posen über die Tradition von Aufständen eine regional verankerte nationale Identität zu begründen. Die Träger des großpolnischen Regionalismus, die Nationaldemokratie und das unter ihrem Einfluß stehende Bürgertum der Kleinstädte, verfügten in Pommerellen nicht über eine ähnlich starke Stellung. Zusätzlich machte sich das Fehlen eines geistigen Zentrums bemerkbar. Das Priesterseminar in Pelplin oder das 1925 in Thorn gegründete Ostsee-Institut (Instytut Bałtycki) konnten keine Landesuniversität ersetzen.

Das öffentliche Schulwesen war in der zentralistisch verfaßten Republik auf gesamtstaatliche Integration „von oben“ ausgerichtet, was einer

⁵² Vgl. Józef Borzyszkowski, Regionalizm kaszubsko-pomorski – tradycje i współczesność (Der kaschubisch-pommerellische Regionalismus. Traditionen und Gegenwart), in: Regionalizm a separatyzm – historia i współczesność. Śląsk na tle innych obszarów (Regionalismus und Separatismus – Geschichte und Gegenwart. Schlesien im regionalen Vergleich), hrsg. v. Maria Wanda Wanatowicz. Katowice 1995, S. 135-148, hier S. 142-145. Die polnische Forschung hat bisher nicht versucht, den Stellenwert des kaschubischen Problems im Rahmen der Wojewodschaft genauer zu bestimmen. Die jüngste Gesamtdarstellung von Wapiński, *Zycie* (wie Anm. 5), ist ein Beispiel dafür, wie aus einer politikgeschichtlichen Fixierung die Spezifik jener Bevölkerungsgruppe und ihrer Siedlungsgebiete nur am Rande wahrgenommen wird; vgl. Wrzesiński (wie Anm. 5), S. 165. Auf der anderen Seite ist eine gegenläufige Tendenz zu beobachten, den kaschubischen Regionalismus mit einem pommerellischen gleichzusetzen, obwohl die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe nicht mehr als etwa 200 000 der rund 1 000 000 Einwohner Pommerellens ausmachten.

⁵³ Ein Gefühl der Verbitterung über das mangelnde Traditionsbewußtsein seiner Landsleute spricht aus einem unscheinbaren Heftchen, das einer der Veteranen der polnischen Bewegung in seinem kleinen Verlag herausgab: Jan Bona, *Legion Pomorski czyli wykaz działaczy polskich na terenie Pomorza przed wojną wszechświatową* (Die pommerellische Legion oder Verzeichnis der polnischen Vorkämpfer Pommerellens vor dem Weltkriege). M. Tarpno/Grudziądz 1924.

Berücksichtigung regionaler Besonderheiten enge Grenzen setzte. In diesem Bereich wurde bisher vor allem der organisatorisch-institutionelle Rahmen erforscht, weniger die Lehrinhalte und deren Rezeption. Dies gilt gleichermaßen für das polnische wie für das deutsche Bildungswesen.⁵⁴ Der polnische Lehrplan sah in den Volksschulen kein der deutschen ‚Heimatkunde‘ vergleichbares Fach vor, wenn auch im Unterricht die nähere Umgebung der Schüler bis hin zum Kreis behandelt werden sollte. Noch Mitte der 30er Jahre hielt die Aufsichtsbehörde eigene, speziell auf Pommerellen abgestimmte Schulbücher für nicht erforderlich.⁵⁵

Eine Annäherung an die Lehrinhalte ist vorerst nur auf der programmatischen Ebene möglich. Aufschlußreich in dieser Hinsicht sind die vom Lemberger staatlichen Schulbuchverlag herausgegebenen Heftchen, die für den Volksschulunterricht in ganz Polen bestimmt waren. Das Bändchen über die Ostseeküste stellt deren Anwohner und ihr Brauchtum so vor, als unterschieden sie sich nicht von anderen Gegenden des ländlichen Polen; ‚kaschubisch‘ erscheint fast als Synonym für ‚polnisch‘.⁵⁶ Ebenfalls ein eigenes Heftchen wurde der Hafenstadt Gdingen gewidmet, das wohl insbesondere der Vor- und Nachbereitung von Exkursionen dienen sollte. Ein idealtypischer Ausflug einer Mädchenklasse gab die Rahmenhandlung ab. Neben Kenntnissen über die Geographie der Ostseeküste und das Wirtschaftsleben eines Hafens versuchte die Autorin auch den Stolz auf die Leistungen Polens und Verständnis für die Belange der Landesverteidigung zu vermitteln.⁵⁷ Über die Wirkung solcher patriotischen Erziehung lassen sich nur schwer verallgemeinernde

⁵⁴ Vgl. Klemens Trzebiatowski, *Szkolnictwo w województwie pomorskim w latach 1920–1939* (Das Schulwesen in der Wojewodschaft Pommerellen 1920–1939). Wrocław (u.a.) 1986 (Gdańskie Towarzystwo Naukowe. Wydział I: Nauk Społecznych i Humanistycznych. Seria Monografii. 82.); Horst-Dieter von Enzberg, *Die Goetheschule in Graudenz und das deutsch-polnische Verhältnis (1920–1945)*. Lüneburg 1994 (Beiträge zur Schulgeschichte. 5.).

⁵⁵ Vgl. die undatierte und ungezeichnete Ausarbeitung „*Szkolnictwo powszechnie na zachodnim pograniczu*“ (Das Volksschulwesen im westlichen Grenzgebiet). APB, Kuratorium Okręgu Szkolnego Pomorskiego w Toruniu, Nr. 1017. Einen knappen instruktiven Überblick bietet: Alojzy Zielecki, *Regionalizm w nauczaniu historii* (Regionalismus im Geschichtsunterricht), in: *Pamiętnik XV powszechnego zjazdu historyków polskich* (Berichtband des 15. Polnischen Historikertags). Bd. 1, Tl. 2, hrsg. v. Jacek Staszewski. Gdańsk/Toruń 1995, S. 185–192.

⁵⁶ Bernard Chrzanowski, *Wybrzeże* (Die Küste). Lwów 1934 (Biblioteka Szkoły Powszechnej. 92.), S. 13: „Mowa ich kaszubska narzeczem polskiem. Zagrody ich i chaty jak u nas na wsi (...) Zwyczaje i obrzędy takie same jak w całej Polsce, czy to na dożynkach, czy na weselach; te same wtedy także piosenki śpiewają.“ Der Verfasser spielte eine bedeutende Rolle bei der Popularisierung Pommerellens auch unter den Erwachsenen Polens.

⁵⁷ Zofja Lipkowska, *Gdynia*. Lwów 1933 (Biblioteka Szkoły Powszechnej. 56.).

Aussagen fallen. Ein seltenes, vielleicht nicht repräsentatives Dokument stellt der Erlebnisbericht einer Schülerin dar, den sie unter Aufsicht des Lehrers in die Schulchronik eintragen durfte. Ein heutiger Leser kann sich nicht des Eindruckes erwehren, als sei der eigentliche Höhepunkt des Ausflugs für die Klasse das gemeinsame Eisessen gewesen.⁵⁸

3. Deutsche und Polen im Alltag 1920–1939

Die Erwartungshaltung nationaler Eliten deckte sich keineswegs immer mit der Realität vor Ort. Eine aufschlußreiche, bisher viel zu wenig beachtete Quelle für derartige Diskrepanzen stellt die Presse dar. Schon der Lokalteil einer Zeitung konnte von anderen Tendenzen bestimmt sein als ihr politischer Teil. Die Leserbriefspalten schließlich stellten ein Forum für Stimmen dar, die sonst kaum Chancen besaßen, an die Öffentlichkeit zu dringen. Schlaglichtartig verdeutlicht dies eine Kontroverse in der „Gazeta Sępoleńska“ („Zempelburger Zeitung“). Einer ihrer Lokalreporter monierte, daß ein ländlicher Gesangverein Einladungen zu einem Tanzvergnügen auch an Deutsche versandt habe. Eine derartige Propagierung nationaler Segregation im Alltag forderte den Widerspruch eines polnischen Lesers heraus.

Aus intimer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse stellte er zunächst die scheinbar patriotische Argumentation in Frage. Er unterstellte wirtschaftliche Motive und vermutete hinter dem Schreiber jener Zeilen den Wirt, in dessen Lokal sonst immer die Vereinsfeierlichkeiten stattgefunden hatten – und zwar stets mit deutscher Beteiligung. Einmal sei im Festkomitee sogar ein (namentlich genannter) Nationalist vertreten gewesen, ein ‚Hakatisť. Der Leserbriefschreiber bekannte sich ausdrücklich zu dieser Tradition ethnisch gemischter Veranstaltungen und stellte die rhetorische Frage, ob denn die Minderheitsangehörigen, die an dem letzten Fest teilgenommen hatten, durch ihre Anwesenheit etwa eine feindliche Einstellung gegenüber den Polen zum Ausdruck gebracht oder sich von ihnen abgesondert hätten.

Die Polemik im Lokalteil eines Provinzblattes legt nahe, daß die gegenseitige Wahrnehmung im Alltag nicht in erster Linie nach nationalen Kri-

⁵⁸ Maria Gołębiewska, uczenica kl. VII, Opis wycieczki do Gdyni 13.6.1931 (Schülerin der Klasse VII. Beschreibung des Ausflugs nach Gdingen), in: Kronika Szkoły Podstawowej nr 1 w Sępólnie Kr. Lata 1916–1935 (Chronik der Grundschule Nr. 1 in Zempelburg für die Jahre 1916–1935) (Chronik noch heute im Besitz der Volksschule in Zempelburg).

terien erfolgte. Stereotypen waren auch unter der Landbevölkerung latent vorhanden, aktiviert wurden sie jedoch erst, wenn konkrete Interessen berührt wurden – wie im Falle des offenbar um seinen Verdienst gebrachten Gastwirts. Im Normalfall zählten in erster Linie der Mensch und sein individuelles Verhalten. Selbst eine von der Mehrheit abweichende Einstellung, etwa eine prononciert nationale Haltung, wurde in gewissen Grenzen toleriert, sobald – wie im Falle eines Dorffestes – die lokale Gemeinschaft als Ganzes gefordert schien. Der anonyme Autor schloß seinen Leserbrief im Krisenjahr der bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen 1930 mit dem Sprichwort „Eintracht ernährt, Zwietracht verzehrt“ („Zgoda buduje, a niezgoda rujnuje“).⁵⁹

Alltagskontakte und gemeinsames Feiern von Deutschen und Polen waren keineswegs nur eine Erscheinung des pommerellischen Dorfes. Ethnisch gemischt waren beispielsweise die Handwerksinnungen, über die allerdings keine zusammenfassende Untersuchung vorliegt. Gleiches gilt für die kleinstädtischen Honoratiorenvereine der Schützengilden. Lediglich in Graudenz war, um der sich abzeichnenden polnischen Dominierung zuvorzukommen, die Gilde aufgelöst und ihr Vermögen unter den Mitgliedern aufgeteilt worden, so daß eine Nachfolgeorganisation nicht an ältere Traditionen anknüpfen konnte. In den anderen Städten gewannen die polnischen Mitglieder allein durch die Abwanderung der Deutschen allmählich das Übergewicht, ohne daß dieser Prozeß von größeren Konflikten begleitet gewesen wäre.⁶⁰ Ähnlich verhielt es sich mit der Freiwilligen Feuerwehr. Auch sie behielt ihren ethnisch gemischten Charakter nach 1920 bei. Wie eine als Dienst am Gemeinwohl verstandene Tätigkeit ein Wir-Gefühl begründen konnte, läßt ein Zeitzeugenbericht erahnen: „Die Männer der Wehr konnten mit Stolz das Jahr 1924 in Erinnerung halten. Denn in diesem Jahr wurde die Strasburger freiwillige Feuerwehr mit einem Anerkennungsdiplom des Hauptfeuerwehrverbandes in Warschau geehrt. Sie erhielt das Diplom für ihre Verdienste bei Löscharbeiten und als älteste Wehr in Pommerellen.“⁶¹ Selbst in Graudenz war das Verhältnis auf lokaler Ebene nicht nur durch Spannungen geprägt. Anders als in der Schützengilde arbeiteten Minderheitsangehöri-

⁵⁹ Sypniewo. Dziwne stosunki (Sypniewo. Eigenartige Verhältnisse), in: *Gazeta Sypoleńska* Nr. 23 vom 25.2.1930; Sypniewo (Uwagi do artykułu „Dziwne stosunki“) (Anmerkungen zu dem Artikel „Eigenartige Verhältnisse“), in: Ebenda Nr. 28 vom 8.3.1930.

⁶⁰ Vgl. die Vorgänge in: APB, *Urząd Wojewódzki Pomorski w Toruniu*, Nr. 5562.

⁶¹ Erich Strehlau, *Die Strasburger Feuerwehr*, in: *Der Westpreuße* 22 (1970), Nr. 12-13, S. 16 ff., hier S. 17; vgl. Karl Boese, *50 Jahre Freiwillige Feuerwehr Wittenburg, Kreis Briesen*, in: Ebenda 10 (1958), Nr. 26, S. 8 f.

ge im Verschönerungsverein weiter mit, nachdem dessen Vorstand eine polnische Mehrheit bekommen hatte.⁶²

Die Identifizierung mit dem Wohnort, die Anteilnahme an seiner Entwicklung, ermöglichte es Deutschen, der polnischen Herrschaft auch positive Seiten abzugewinnen. Dies gilt selbst für den bereits zitierten Pfarrer Heuer. Er beschwor zwar den deutschen Charakter Thorns und beklagte die „rücksichtslose Polonisierung“, erkannte zugleich aber an, daß nicht nur „für Ordnung und Sauberkeit der Straßen gesorgt“ werde, sondern auch „neue schöne Grünflächen“ angelegt worden seien. Er führte die positive Entwicklung darauf zurück, daß die alteingesessenen Thorner Polen bzw. ihre Landsleute aus anderen Teilen Pommerellens die Kommunalpolitik bestimmten. Dies sei „für die Stadt ein Glück (...) Von den alten polnischen Thornern wird Wert darauf gelegt, daß bedeutsame Charakterzüge im Bilde der alten Stadt nicht verwischt werden“. Diesen Mitbürgern sah sich Heuer in einer Art Wertegemeinschaft verbunden. Deutlich fiel dagegen seine Distanzierung von den aus anderen Teilen Polens stammenden Neubürgern aus. Von rühmenswerten Ausnahmen abgesehen, sei es ihnen nicht gelungen, ein „näheres, inneres Verhältnis zu ihrem neuen Wohnort“ zu finden.⁶³

Das zentrale Ereignis der Thorner Stadtgeschichte waren die 700-Jahrfeiern. Deutsche und Polen begingen dieses Jubiläum getrennt – nicht nur organisatorisch, sondern auch in zeitlichem Abstand. Die Minderheitsangehörigen feierten das Ereignis von 1231, als eine Schar von Rittern des Deutschen Ordens über die Weichsel gesetzt war und in der Nähe des späteren Thorns eine erste Befestigung errichtet hatte. Das Insistieren auf der historischen Rolle des Deutschen Ordens für Pommerellen war mit dem traditionellen polnischen Geschichtsbild nicht zu vereinbaren. Die offiziellen Feierlichkeiten von 1933 knüpften an die Verleihung der Stadtrechte an. Zum Eintritt in das Festkomitee wurden ausdrücklich auch Deutsche eingeladen – drei evangelische Geistliche, ein Stadtverordneter, ein Kaufmann, ein Apotheker, ein Baumeister, der Direktor der Vereins-

⁶² Vgl. Stefan Wodwud, *Z przeszłości Towarzystwa Upiększenia miasta Grudziądza (1862–1937)* (Aus der Geschichte des Graudenzner Verschönerungsvereins [1862–1937]), in: *Grudziądz. Przewodnik turystyczny* (Graudenz. Reiseführer), hrsg. v. Adolf Hendlar. Grudziądz 1937, S. 17–32.

⁶³ Heuer, Thorn (wie Anm. 45), S. 66f. Vgl. Mieczysław Wojciechowski, *Polen und Deutsche in Thorn in den Jahren 1914–1939*, in: *Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 2* (1994), S. 257–272; ders., *Mniejszość niemiecka w Toruniu w latach 1920–1939* (Die deutsche Minderheit in Thorn 1920–1939), in: *Mniejszości narodowe i wyznaniowe w Toruniu w XIX i XX wieku* (Nationale und religiöse Minderheiten in Thorn im 19. und 20. Jahrhundert), hrsg. v. dems. Toruń 1993 (*Stosunki narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku. 3.*), S. 59–80.

bank sowie der Besitzer einer Lebkuchenfabrik. Von diesen nahmen die Einladung nur der Stadtverordnete Doehn, der Kaufmann Mallon und der Apotheker Jakob an. Die übrigen lehnten teils ohne Angabe von Gründen ab, teils beriefen sie sich – wie Pastor Heuer – auf mangelnde Polnischkenntnisse oder den Umstand, daß die Deutschen ja bereits ihre 700-Jahrfeier begangen hatten und ansonsten durch ihren Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung repräsentiert seien.⁶⁴

Die getrennten Feiern des Stadtjubiläums machten die Grenzen deutlich, die der integrierenden Kraft lokaler Identität gesetzt waren. Allerdings stellte Thorn als Wojewodschaftshauptstadt einen Sonderfall dar, in dem nationale Prestige Gesichtspunkte eine größere Rolle spielten, zumal sich auch auf örtlicher Ebene Vertreter ausgesprochener Eliten gegenüberstanden: höhere Verwaltungsbeamte und Pastoren. Es war wohl kein Zufall, daß sich zu einer Kooperation gerade Einzelhändler bereitfanden, die im Alltag unmittelbare Kontakte zu polnischen Kunden unterhielten. Besonderes Interesse verdient die Rolle des Stadtverordneten Doehn, dem eine Schlüsselfunktion im Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung zugeschrieben wurde. Das weite Feld der Kommunalpolitik ist von der Forschung allerdings bisher noch wenig bearbeitet worden.⁶⁵ Eine Untersuchung der Frage, inwieweit die Arbeit in den Gemeindeparlamenten Pommerellens von nationaler Konfrontation oder einer zumindest begrenzten Kooperation bestimmt war, verspricht allgemeine Aufschlüsse über den Verlauf der interethnischen Beziehungen in jener Grenzregion.

Von den zeitgenössischen Versuchen einer Bestandsaufnahme ragt durch Originalität und Breitenwirkung ein Artikel in Polens größter Tageszeitung, dem Krakauer „*Ilustrowany Kurier Codzienny*“ hervor. Er provozierte polemische Entgegnungen in der polnischen Presse und wurde von der „*Deutschen Rundschau in Polen*“, dem führenden Organ der Minderheit, in Übersetzung nachgedruckt.⁶⁶ Der aus altem pommerelli-

⁶⁴ Vgl. Minderheiten-Lagebericht der Wojewodschaft Thorn für Februar 1933, in: *Deutsche und Polen* (wie Anm. 35), Dok. Nr. 62, S. 326–346, hier S. 345.

⁶⁵ Vgl. die Pionierstudie von Danuta Sieradzka, *Samorząd komunalny województwa śląskiego 1920–1939. Aspekty polityczne i narodowościowe* (Die kommunale Selbstverwaltung der Wojewodschaft Schlesien 1920–1939. Politische und nationale Aspekte). Gliwice 1992 (Politechnika Śląska. Zeszyty Naukowe. 1170. Nauki społeczne. 65.); Niendorf, *Minderheiten* (wie Anm. 6), S. 216–227.

⁶⁶ Aleksander Schedlin Czarliński, „*Wasserpolaki*“ – to zakała Pomorza! Co się dzieje w Bydgoszczy w 15-tym roku niepodległości!, in: *Ilustrowany Kurier Codzienny* Nr. 108 vom 20.4.1933; Übersetzung: ders., *Die „Wasserpollacken“* – sind ein Schandfleck für Pommerellen! Was geht in Bydgoszcz im 15. Jahre der Unabhängigkeit vor?, in: *Deutsche Rundschau in Polen* Nr. 92 vom 22.4.1933. Der Verfasser bezeichnete zu diesem Zeitpunkt bereits Bromberg als die eigentliche Hauptstadt

schen Adel stammende Aleksander Schedlin-Czarliński führte beredt Klage darüber, daß 15 Jahre nach der Wiedererlangung staatlicher Unabhängigkeit das Leben der Wojewodschaft noch immer deutsch geprägt sei.

Die Vorwürfe richteten sich weniger gegen die Angehörigen der Minderheit als gegen die einheimischen Polen, deren Nationalbewußtsein schwach ausgeprägt und in erster Linie konjunkturell bedingt sei. Schedlin-Czarliński verwendete in diesem Zusammenhang den für Oberschlesien geprägten Begriff des ‚Wasserpollacken‘. Als ein Beispiel für viele führte er einen subalternen preußischen Kommunalbeamten namens Koschalke an, der in seinem Hurra-Patriotismus vorgegeben hatte, nur Deutsch zu verstehen, bis er sich beim Einmarsch der Polen die ‚rogatywka‘ aufsetzte, „Es lebe Polen!“ schrie und seinen Namen in Koszałka ändern ließ. „Der ‚Wasserpollack‘ ist der Prototyp eines Renegaten“, stellte der Autor fest und registrierte besorgt, daß sich der autoritätsgläubige Pommereller bereits wieder an den selbstbewußt auftretenden Minderheitsangehörigen orientieren würde. Untrügliches Kennzeichen hierfür sei der allgegenwärtige Gebrauch der deutschen Sprache. Es genüge, daß sich ein deutscher Restaurantbesucher an einen Tisch zu fünf Polen setze, und diese würden ihre Unterhaltung sofort umstellen. „Der Deutsche war der Herr, der Pole ist es nicht. Also: der Deutsche ist der Herr geblieben“, lautete das Fazit Schedlin-Czarlińskis.⁶⁷

Er sprach damit das grundlegende Problem des Rollenwechsels und Rollenlernens an. Der Hoheitswechsel von 1920 hatte nur eine Form von Identität berührt, die nationale: Aus Vertretern einer Staatsnation waren Angehörige einer Minderheit geworden und umgekehrt. Mit dieser in der Literatur immer wieder anzutreffenden Feststellung ist jedoch noch keine Aussage darüber getroffen, inwieweit sich beide Bevölkerungsgruppen tatsächlich in erster Linie als nationale Gemeinschaften verstanden. Das einzige Privileg, das die Deutschen im Kaiserreich gemeinsam genossen hatten, war die Möglichkeit, mit Behörden in ihrer Muttersprache zu verkehren. Der deutsche Landarbeiter allerdings war genauso wie sein polnischer

Pommerellens; seine Ausführungen beanspruchen für die gesamte Wojewodschaft Gültigkeit. Diese Verlegung der Grenze Pommerellens nach Süden wurde von den Kommentatoren auch nicht beanstandet; inhaltlich aufschlußreich ist eine Glosse, die dem Autor im wesentlichen nur den Zeitpunkt und die übertriebene Form der Darstellung zum Vorwurf macht: *Z naszej i cudzej grzędę. (...) Schedlin czy Schädling? (...) (Aus eigenem und fremden Beet. Schedlin oder Schädling?)*, in: *Dziennik Bydgoski* Nr. 94 vom 23.4.1933.

⁶⁷ „Wasserpolak jest prototypem renegata. (...) Niemiec był panem. Polak nim nie jest. Więc ... Niemiec pozostał panem“. Schedlin Czarliński, *Wasserpolaki* (wie Anm. 66).

Kollege vom Koalitionsverbot betroffen gewesen und konnte allenfalls hoffen, über den sozialen Aufstieg als Ansiedler in den Genuß staatlicher Fördermittel zu gelangen. Gesellschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse wurden von dem Hoheitswechsel nicht berührt: Gutsbesitzer blieben Gutsbesitzer, Dienstmädchen blieben Dienstmädchen.⁶⁸ Erwartungen insbesondere der landhungrigen kaschubischen Kleinbauern, daß auf die nationale Emanzipation eine soziale folgen würde, blieben unerfüllt.

Schedlin-Czarliński selbst ging auf solche Problemzusammenhänge nicht ein, sondern beließ es bei der Verallgemeinerung von Einzelbeobachtungen. Allein diese Fallbeispiele machen jedoch bereits deutlich, daß die deutsche Prägung Pommerellens keine Frage darstellte, die sich allein mit einem Blick auf die Bevölkerungsstatistik beantworten ließe.⁶⁹ Der sich als besorgter Patriot gebende Schedlin-Czarliński verband mit der Rolle ‚Pole‘ Erwartungen, die viele seiner Landsleute nicht zu erfüllen gedachten. Sprache z.B. war für sie in erster Linie ein pragmatisch gehandhabtes Kommunikationsmittel.

Wenn der Journalist auch die mangelnde Sichtbarkeit der nationalen Grenzen im Alltag beklagte, bestand an deren Existenz für ihn doch kein Zweifel. Der zeitgenössische Sprachgebrauch läßt erkennen, daß die Begriffe ‚Deutsche‘ und ‚Polen‘ bzw. ‚Niemcy‘ und ‚Polacy‘ mehr als nur statistische Größen waren. Scheinbar selbstverständlich begegnen sie in erzählenden Quellen, in Behördenberichten oder Zeitungsartikeln. Problematisiert werden sie erst, wenn nicht eine anonyme Bevölkerungsgruppe benannt, sondern ein einzelner Mensch charakterisiert werden soll. Es ist vermutlich nicht nur auf die Quellenlage zurückzuführen, daß dieses Problem vor allem auf polnischer Seite begegnet, die mit der Identitätsfindung und Festlegung von Rollennormen größere Schwierigkeiten hatte.

Obwohl selten thematisiert, läßt sich aus zeitgenössischen Beurteilungsversuchen die Grundannahme ablesen, daß nationale Zugehörigkeit durch Muttersprache und Konfession vorgegeben sei. Ein Protestant war in Pommerellen (mit möglicher Ausnahme des Kreises Soldau) nur als Deutscher vorstellbar, während die Begriffe ‚Pole‘ und ‚Katholik‘ nicht deckungsgleich sein mußten. Allerdings hatten es Katholiken, zumal

⁶⁸ Vgl. die Erinnerungen einer Gutsbesitzerin aus der Gegend von Thorn: Gertrud Neumann, Vom ländlichen Leben in der Korridorzeit. 1. Fortsetzung, in: *Der Westpreuße* 12 (1960), Nr. 29, S. 5f.: „Eigenartig gestaltete sich das Verhältnis der angestellten Polen zu uns Deutschen. Obwohl wir die Besiegten waren, sahen sie in uns stets die Herren. Sie waren genauso unterwürfig wie vorher“. Vgl. Rex Rexheuser, Deutsche Minderheit in Polen, polnische Minderheit in Deutschland 1920 bis 1939, in: *Nordost-Archiv A.F.* 20 (1987), S. 7-20, hier S. 11.

⁶⁹ Vgl. die kritischen Anmerkungen in der Rezension Wrzesiński's (wie Anm. 5).

wenn sie einen slavischen Familiennamen trugen, nicht immer einfach, polnischerseits als Deutsche akzeptiert zu werden. Die „Deutsche Rundschau“ riet ihren Lesern, in solchen Fällen Gegenbeispiele anzuführen und auf prominente Polen mit deutschen Namen wie etwa den bereits erwähnten General Haller zu verweisen.⁷⁰

Das subjektive Kriterium wurde in Zweifelsfällen auch von der polnischen Seite bemüht. Beispiele hierfür bieten besonders Polemiken im Lokalteil der Presse. Wenn die Ehefrau eines Bürgermeisters nicht ganz fließend und korrekt Polnisch spreche, sei dies noch lange kein Grund, an ihrer nationalen Zuverlässigkeit zu zweifeln, erwiderte ein Lokalkorrespondent auf entsprechende Vorwürfe.⁷¹ Ähnlich wurde ein Lehrer mit den Worten in Schutz genommen, der wahre Patriot gebe sich nicht durch das Deklamieren nationaler Parolen zu erkennen, sondern durch konkrete Arbeit zum Wohle des Vaterlandes.⁷² Konkrete Kriterien hierfür wurden dem Leser nicht an die Hand gegeben.

Für die Behörden gehörte die nationale Beurteilung von Staatsbürgern zum Geschäftsalltag. Wer die Eigentumsübertragung (Auflassung) einer Immobilie beantragte, ein Mandat in der kommunalen Exekutive antreten wollte oder sich um eine Schankkonzession (bzw. deren Verlängerung) bemühte, mußte damit rechnen, daß über ihn eine amtliche Auskunft eingeholt wurde. Eine solche ‚opinja‘ war nicht ein einfaches polizeiliches Führungszeugnis, sondern eine bis ins Persönliche gehende Beurteilung staatsbürgerlicher Zuverlässigkeit. Dabei waren die Kriterien nicht eindeutig festgelegt und dem Ermessen des einzelnen Beamten ein weiter Spielraum gelassen. Bis ein solches Zeugnis seinen endgültigen Adressaten erreichte, hatte es meist verschiedene Behördenebenen durchlaufen.

⁷⁰ Name und Nationalität, in: Deutsche Rundschau Nr. 251 vom 31.10.1928; vgl. Przemysław Hauser, Stosunki narodowościowe i polityczne w diecezji chełmińskiej w okresie II Rzeczypospolitej (Die politischen und nationalen Verhältnisse in der Kulmer Diözese während der II. Republik), in: Z przeszłości diecezji chełmińskiej 1243–1992. Materiały konferencji naukowej w Toruniu 6 XI 1993 r. (Aus der Geschichte der Kulmer Diözese 1243–1992. Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz in Thorn vom 6.11.1993), hrsg. v. Marian Biskup. Toruń 1994, S. 91–101; Wojciech Kotowski, Die Lage der deutschen Katholiken in Polen in den Jahren 1919–1939, in: Zeitschrift für Ostforschung 39 (1990), S. 39–67.

⁷¹ Dziennik Bydgoski Nr. 87 vom 16.4.1926: „Zresztą nie jest powiedziane, że ten, który nie umie po polsku czysto i płynnie, nie jest już dobrym Polakiem. Jest może nawet lepszym jak ci, którzy go umią obrażać jako brzoń, przeciwko swej Ojczyźnie – na co zresztą mamy tak liczne dowody.“

⁷² Gazeta Sępoleńska Nr. 4 vom 23.6.1927: „nie miał zrozumienia, kogo można nazwać Polakiem. Nie ten zostanie odrazu zbawiony, który woła: ‚Panie, Panie!‘ Nie ten jest gorącym patriotą, który wykrzykuje ‚Niech żyje Polska.‘ Nazwać patriotą można jedynie tego, który czynem pomaga naszej kochanej matce ojczyźnie.“

Dabei konnten sich bemerkenswerte Akzentverschiebungen ergeben. Für einen Bürgermeister war es im Jahre 1922 kein Widerspruch, wenn er einen Stadtverordneten als „mehr den Deutschen gewogen“ charakterisierte und ihm gleichzeitig das Attest eines „guten Polen“ ausstellte.⁷³ Ebenso konnte ein einfacher Polizeibeamter einem evangelischen Landwirt bescheinigen, daß dieser sich sowohl hinsichtlich seines Lebenswandels wie seiner politischen Haltung tadellos führe – dies obwohl, wie er hinzufügte, der Bauer seine Kinder in deutschem Geist erziehe und Umgang vor allem mit Deutschen pflege. Der Starost übernahm diese Formulierungen weitgehend wörtlich, mit dem entscheidenden Unterschied jedoch, daß er den Landwirt aufgrund der zuletzt genannten Tatsachen als politisch „unsicher“ („niepewny“) einstufte.⁷⁴ Je näher sich Menschen waren, desto weniger wurde offenbar die Wahrnehmung von nationalen Stereotypen bestimmt und desto diffuser fielen die Rollenerwartungen aus.

Das Phänomen nationaler Ambivalenz und Indifferenz schließlich war nicht auf die unteren sozialen Schichten beschränkt. Entsprechende Charakterisierungen finden sich auch im Falle wohlhabender Kaufleute. Diese Geschäftsleute identifizierten sich zum Leidwesen der Behörden in erster Linie mit ihrem Beruf und waren bemüht, sich mit Deutschen und Polen gleichermaßen gut zu stellen.⁷⁵

Förmliche Begutachtungsverfahren fanden auch in Einrichtungen der deutschen Minderheit statt. Die Kreditvergabe war gewöhnlich an eine Wohlverhaltensklausel in nationaler Hinsicht gekoppelt, wobei die internen Unterlagen der Genossenschaften jedoch nicht überliefert sind. Um so größere Bedeutung besitzen die Geschäftsakten des deutschen „Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe in Polen“. Der von der Bromberger Zentrale um gutachterliche Stellungnahme ersuchte Felix Caminer antwortete unter dem Datum vom 5.10.1932 aus Kamin (Kamień Kr.), „daß Angefragte Polin ist, aber deutscher Gesinnung. – Gegen die Aufnahme bestehen keine Bedenken“. Andererseits wurde der Bauunternehmer Josef Goerke aus dem Mitgliederverzeichnis der Ortsgruppe gestrichen, nachdem er als „in nation. Beziehung nicht einwandfrei“ denunziert wor-

⁷³ Magistrat Vandsburg am 21.2.1922 an den Starosten in Zempelburg. APB, Wydział Powiatowy w Sępólnie, Nr. 133: „jako Polak dobry, sprzyja więcej Niemcom“.

⁷⁴ Vgl. Polizeiposten Vandsburg am 19.11.1928 an den Starosten in Zempelburg. APB, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 141; Der Starost in Zempelburg am 21.11.1928 an den Wojewoden in Thorn. Ebenda.

⁷⁵ Schreiben des Starosten in Zempelburg vom 10.12.1938 und 16.1.1939 an die Wojewodschaft in Thorn, in: Deutsche und Polen (wie Anm. 35), Dok. Nr. 110 u. 112, S. 443-446.

den war.⁷⁶ Die Orientierung am subjektiven Kriterium erlaubte es den finanziell vergleichsweise gut gestellten Minderheitenorganisationen, ihre Einflußsphäre über die ursprüngliche Klientel hinaus auszudehnen. Wenn dieses Phänomen auch nicht in Zahlen zu fassen ist, sorgten doch Fälle wie der oben geschilderte für eine ständige Beunruhigung der Behörden. Nicht ohne Grund befürchteten sie negative Folgen für das polnische Nationalbewußtsein, die die Anziehungskraft deutscher Wirtschaftsorganisationen nach sich zog.

Daß von dort aus ein Jude wie der Getreidehändler Caminer vertrauensvoll um Auskunft gebeten wurde, wäre allerdings schon bald nicht mehr denkbar gewesen. Die bereits 1933 abgeschlossene Gleichschaltung der Minderheitenorganisationen wirkte sich auch in Richtung eines gesteigerten Antisemitismus aus. Die jüdische Bevölkerung geriet in eine immer stärkere Isolation. Zusätzlich machten sich innerhalb der Synagogengemeinden Spannungen zwischen den einheimischen, deutsch assimilierten Mitgliedern und orthodoxen Zuwanderern bemerkbar.⁷⁷

Die Mitte der 30er Jahre war auch für die christliche deutsche Bevölkerung eine Zeit innerer Konflikte. Die Rivalitäten zwischen JDP und DV nahmen nicht selten handgreifliche Formen an. Der schwerste Zwischenfall ereignete sich am 13. Mai 1934 in Graudenz, wo der 22jährige Fritz Makus getötet wurde. Dieser Tag wurde von der JDP alljährlich im Stil einer Märtyrerfeier begangen.⁷⁸ Die den Opfern des Weltkrieges gewidmeten Heldengedenkfeiern schließlich waren ursprünglich keine Einrichtung der gesamten Minderheit gewesen, sondern von der DV initiiert worden, was die scharfe Kritik ihrer politischen Rivalin hervorgerufen hatte.⁷⁹

Auch die polnische Bevölkerung stellte alles andere als eine homogene und solidarische Gemeinschaft dar. Auf die Spannungen zwischen einheimischen Polen und ihren zugewanderten Landsleuten wurde bereits eingegangen. Sie fanden ihren sprachlichen Ausdruck in einer Reihe von Spitznamen, wobei als Schimpfwort für einen Zuwanderer aus Galizien wohl der „bosy Antek“ („Barfuß-Toni“ – nach dem angeblich typischen Vornamen Antoni) die weiteste Verbreitung besaß. Ebenfalls pejorativ

⁷⁶ APB, Wirtschaftsverband städtischer Berufe, Nr. 282.

⁷⁷ Vgl. Gminy wyznaniowe żydowskie w województwie pomorskim w okresie międzywojennym (1920–1939) (Die Synagogengemeinden in der Wojewodschaft Pommerellen in der Zwischenkriegszeit [1920–1939]), hrsg. v. Jan Sziling. Toruń 1995 (Stosunki narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku. 4.).

⁷⁸ Vgl. Blanke, Orphans (wie Anm. 6), S. 177.

⁷⁹ Vgl. Manfred G., „Heldengedenkfeiern“, in: Deutsche Nachrichten Nr. 56 v. 8.3.1935; vgl. dagegen Heldengedenken, in: Ebenda Nr. 57 v. 8.3.1936.

konnotiert war die Bezeichnung „Kongresiaki“ für Zuwanderer aus dem ehemals russischen Polen, für das die deutsche Entsprechung „Kongresser“ belegt ist. Ob im Alltag immer so genau zwischen den Bewohnern der verschiedenen Teilgebiete differenziert wurde, ist erst in zweiter Linie von Belang.⁸⁰ Als Schimpfwort für die einheimischen Polen war „pomorskie śledzie“ („pommerellische Heringe“) in Gebrauch.⁸¹

Die Relevanz derartiger Abgrenzungen läßt sich im Verhältnis zu konkurrierenden Loyalitäten verdeutlichen. Ein ehemaliger Lehrer aus der nördlichen Kaschubei beschreibt anschaulich, wie die nicht selten handgreiflich ausgetragenen Rivalitäten zwischen männlichen Jugendlichen verschiedener Dörfer vergessen waren, sobald Matrosen ihnen die Mädchen abzuwerben drohten.⁸² Bei der Akzeptanz von Zuwanderern aus anderen Teilen Polens gab es offenbar geschlechtsspezifische Unterschiede. Frauen wurden kritischer beurteilt als Männer. Wenn aus Warschau stammende Lehrerinnen in Berent (Kościerzyna) einen modischen Bubikopf trugen und dazu auch noch rauchten, wurde dies in Teilen der Kreisstadt als Provokation empfunden.⁸³ Ein aus dem Inneren Polens stammender Junggeselle, der in eine kaschubische Familie einheiratete, konnte allmählich integriert werden. Größere Probleme ergaben sich, wenn ein Migrant seine Ehefrau mitbrachte – diese hatte dann noch stärker als ihr Mann unter mangelnder Akzeptanz zu leiden.⁸⁴

Die polnische Literatur verwies früh auf derartige Phänomene und verzeichnete sie unter dem Stichwort „Teilgebietsantagonismus“ („antagonizm [między]dzielnicowy“).⁸⁵ Der Sammelbegriff legt die Frage nahe, was in der Konfrontation mit dem Fremden jeweils das Eigene darstellte: der Wohnort und dessen Umgebung, Pommerellen oder die beiden westlichen Wojewodschaften zusammen genommen als das ehemals preußische Teilgebiet (dzielnica) Polens? In der Forschung wurde dieser Fragestellung bisher nicht näher nachgegangen. Wichtige Aufschlüsse verspräche

⁸⁰ Vgl. die ironisch gefärbte Darstellung eines Minderheitenfunktionärs, der vorübergehend eine Zelle mit polnischen Kriminellen teilen mußte: Paul Dobbermann, Mein Freund Ignatz, in: Ders., Bilder und Geschichten aus Posen und Pommerellen. Poznań o.J. (Bücher des Deutschen Heimatboten in Polen. 2.), S. 80-86: „Nur der eine (Zellengenosse; M. N.), ein Kongresser, konnte nicht mitreden, und durfte auch nichts sagen, denn er war eben ein Antek.“ (S. 81)

⁸¹ Vgl. Helmut Könitz, Graudenz in den dreißiger Jahren, in: Der Westpreuße (1971), Nr. 4, S. 7.

⁸² Prószyński, Z podwórka (wie Anm. 13), S. 40.

⁸³ Vgl. Pepliński, Prasa (wie Anm. 8), S. 395.

⁸⁴ Vgl. Prószyński, Z podwórka (wie Anm. 13), S. 40f.

⁸⁵ Vgl. Florian Znaniecki, Studja nad antagonizmem do obcych (Studien zur Feindschaft gegenüber den Fremden), in: Przegląd Socjologiczny 1 (1930/31), S. 158-209, hier bes. S. 171f. u. 182f.

eine semantische Analyse der Begriffe „Pomorze“ als Bezeichnung einer Region und „Pomorzanin“ bzw. „Pomorzak“ für deren Bewohner.⁸⁶

Für Pommerellen fehlt eine vergleichbare Untersuchung, wie sie über den Posener Regionalismus vorliegt. Barbara Wysockas instruktive Studie zeigt auf, daß im großpolnischen Bewußtsein die Abgrenzung zu den Nachbarn im Norden nur eine untergeordnete Rolle spielte.⁸⁷ Das Posener Selbstverständnis gründete sich in erster Linie auf einem Überlegenheitsgefühl gegenüber den Bewohnern der ehemals russischen und österreichischen Landesteile. Vieles deutet darauf hin, daß dies auch für Pommerellen zutraf, wobei die Identifikation mit der Wojewodschaft als solcher tendenziell schwächer ausgeprägt gewesen sein dürfte. Identifikationsmöglichkeiten boten eher kleinere Teilgebiete wie die Kaschubei oder die Koschneiderei, deren Spezifik allerdings gerade mit einer besonderen ethnischen Homogenität („kaschubisch“, „deutsch-katholisch“) assoziiert wurde.

Vor dem Hintergrund des Teilgebietsantagonismus, der Saalschlachten zwischen DV- und JDP-Anhängern oder auch antisemitischer Ausschreitungen relativiert sich der Charakter deutsch-polnischer Auseinandersetzungen. Nur selten eskalierten sie wie 1933 in Graudenz, als deutsche Wahlversammlungen gesprengt und Teilnehmer tötlich angegriffen wurden, von denen zwei ihren Verletzungen erlagen.⁸⁸ Handelte es sich hierbei um einen Ausnahmefall, so ist doch nicht zu verkennen, daß nationaler Konfliktstoff objektiv vorhanden war. Die Beurteilung als Deutscher konnte ein Stigma bedeuten, das über Lebenschancen entschied.

Selbst eine fließende Beherrschung der Landessprache und ein persönlich loyales Verhalten reichten nicht aus, die Auflassung zu erhalten, wenn der Antragsteller hauptberuflich in einer deutschen Einrichtung beschäftigt war und dabei mit ausgesprochenen ‚Hakatisten‘ in Berührung kam.⁸⁹ Eine Loyalitätsbescheinigung erwies sich auch für diejenigen Minderheitsangehörigen als wertlos, die sich um eine Parzelle im Rahmen der Agrarreform bemühten.⁹⁰ Im Umgang mit den Vertretern des polnischen

⁸⁶ Ebenso wäre zu fragen, ob die auffällig rasche Durchsetzung des Begriffes ‚Pommerellen‘ in Veröffentlichungen der Minderheit allein politisch bedingt war, um nicht dem Verdacht revisionistischer Bestrebungen zusätzlich Nahrung zu geben (was ein Festhalten an dem historischen ‚Westpreußen‘ zur Folge gehabt hätte), oder ob nicht möglicherweise eine regionale Identität der deutschen Bevölkerung als ‚Westpreußen‘ schon im Kaiserreich nur schwach ausgeprägt gewesen war.

⁸⁷ Barbara Wysocka, Regionalizm wielkopolski w II Rzeczypospolitej 1919–1939 (Der großpolnische Regionalismus in der II. Republik 1919–1939). Poznań 1981 (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Filologia Polska. 23.).

⁸⁸ Vgl. Enzberg, Goetheschule (wie Anm. 54), S. 208 f.

⁸⁹ Vgl. die Vorgänge in: APB, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 114.

⁹⁰ Vgl. Niendorf, Minderheiten (wie Anm. 6), S. 237 f.

Staates mußten Deutsche die Erfahrung machen, daß selbst ein politisch unauffälliges bis bemüht loyales Verhalten nicht vor Diskriminierung schützte. Hierin bestand die Schwäche einer Minderheitenpolitik, die nur das Mittel negativer Sanktionen kannte, nicht jedoch in der Lage war, auf politisches Wohlverhalten positiv zu reagieren und sich etwa die Interessengegensätze zwischen deutschen Gutsbesitzern und Kleinbauern zu nutzen zu machen. Die Benachteiligung bei der Agrarreform teilten die Deutschen allerdings mit vielen ihrer polnischen bzw. kaschubischen Nachbarn.

Hitlers Machtübernahme, die zunehmende Identifizierung der Deutschen in Polen mit dem Nationalsozialismus bei einer sich gleichzeitig verschärfenden polnischen Nationalitätenpolitik, die ihre Entsprechung auf gesellschaftlicher Ebene fand, interpretierten Zeitzeugen als Wendepunkt in den interethnischen Beziehungen, als Beginn einer gegenseitigen Entfremdung.⁹¹

Mit seltener Eindringlichkeit wurde dieser Prozeß für die kleine Bischofsstadt Pelplin (Kreis Dirschau) beschrieben.⁹² Eine unsichtbare Mauer (mur) begann sich zwischen Polen und Deutschen aufzurichten, deren Grundstein spätestens im Frühjahr 1938 mit dem Anschluß Österreichs gelegt worden war. Die Reihe außenpolitischer Erfolge des Dritten Reichs führte zur nationalen Euphorie bei den Minderheitsangehörigen und der Erwartung, daß auch sie bald wieder unter deutscher Hoheit würden leben können.

Gewalttätige Auseinandersetzungen traten in größerem Ausmaß jedoch erst ab Frühjahr 1939 auf, zu einem Zeitpunkt, als mit der Kündigung des Nichtangriffspaktes durch Berlin die Beziehungen zu Warschau einen Tiefpunkt erreichten. Die NS-Propaganda wurde jenseits der Grenze aufmerksam verfolgt;⁹³ Meldungen über angebliche Deutschenverfolgungen provozierten teilweise erst die Zwischenfälle, die zu dokumentieren sie vorgaben. Der deutsche Konsul in Thorn gestand der Wojewodschaft zu, daß sie das in ihren Kräften Stehende getan habe, um Ausschreitungen gegen Minderheitsangehörige zu verhindern. Jedoch seien die Anwei-

⁹¹ Vgl. Mathias Niendorf, „So ein Haß war nicht“. Zeitzeugenbefragungen zum deutsch-polnischen Grenzgebiet der Zwischenkriegszeit, in: *Bios 10* (1997), S. 17-33.

⁹² Alojzy Męclewski, *Pelplińska jesień* (Pelpliner Herbst). Gdańsk 1971.

⁹³ Vgl. Ryszard Michalski, *Obraz Rzeszy Niemieckiej na łamach polskiej prasy pomorskiej w Drugiej Rzeczypospolitej (1920–1939). Studium z dziejów kształtowania się stereotypu wiedzy o rozwoju niemieckiego nacjonalizmu* (Das Bild des Deutschen Reiches in der polnischen Presse Pommerellens [1920–1939]. Ein Beitrag zur Geschichte der Perzeption des deutschen Nationalismus). Toruń 1995, S. 77-80 u. 88-91.

sungen von den Lokalbehörden entweder nicht entsprechend umgesetzt worden, oder diese seien bereits selbst nicht mehr Herr der Lage.⁹⁴

Dabei waren aber auf lokaler Ebene durchaus erfolgreiche Fälle von Krisenmanagement zu beobachten. Als Beispiel hierfür kann ein Zwischenfall in Pelplin gelten, der, durchaus nicht untypisch, Züge eines Lausbubenstreiches aufweist und erst durch die internationalen Spannungen eine brisante politische Aufladung erfuhr.⁹⁵ Der Jahrestag der Schlacht von Tannenberg, des Sieges des vereinigten polnisch-litauischen Heeres über den Deutschen Orden (15.7.1410), wurde in der Bischofsstadt mit einem Umzug nationaler Verbände begangen. Offizielles Ziel war die Abweisung der Revisionsansprüche des Dritten Reichs, satirisch verdeutlicht durch die Karikatur eines am Galgen hängenden Hitler. Faktisch wurde damit auch innenpolitisch Front gegen die Minderheitsangehörigen bezogen. Diese Atmosphäre schuf die Hinweisreize, die zur Förderung der Gewaltbereitschaft beitrugen. Sobald sich der Demonstrationzug deutschen Wohnungen näherte, warfen Jugendliche mit Steinen auf die Fensterscheiben und richteten beträchtlichen Sachschaden an. Die Täter wurden von den Ordnungsbehörden jedoch zur Rede gestellt, und es gelang den Stadtvätern auf informelle Weise, durch nicht näher dokumentierte Gespräche mit den Konfliktparteien, den äußeren Frieden am Ort wieder herzustellen. Sich nicht provozieren zu lassen, wurde als Devise ausgegeben. Entsprechend verfahren die Deutschen, die sich in ganz Pommerellen fast völlig aus der Öffentlichkeit zurückzogen. In der Forschung standen solche Konfliktlösungsstrategien bisher im Schatten der nachfolgenden Ereignisse.

4. Deutsche und Polen im Reichsgau Danzig-Westpreußen 1939–1945

Im Kanon deutsch-polnischer Konfliktgeschichte nimmt neben dem Schlagwort des ‚Korridors‘ auch der Begriff des ‚Bromberger Blutsonntags‘ einen besonderen Platz ein. Tatsächlich war es Anfang September 1939 zu Ausschreitungen gegen Minderheitsangehörige gekommen, die pauschal verdächtigt wurden, gemeinsame Sache mit der näherrückenden Wehrmacht zu machen. Die Massenhysterie läßt sich auf den Mythos der Minderheit als der ‚fünften Kolonne‘ Hitlers zurückführen, auch dies einer der „neuralgischen Punkte“ (Gotthold Rhode) in den deutsch-pol-

⁹⁴ Deutsches Generalkonsulat in Thorn am 4.4.1939 an das Auswärtige Amt in Berlin. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn, Botschaft Warschau, Bd. 3.

⁹⁵ Vgl. Męclewski, Pelplińska jesień (wie Anm. 92), S. 23ff.

nischen Beziehungen. Eine neuere Arbeit schätzt die Zahl der in Pommerellen (in den Grenzen von 1938, also einschließlich Bromberg Stadt und Land) getöteten Deutschen auf 1500.⁹⁶

Als die Wehrmacht einen Ort Westpolens nach dem anderen besetzte, wurde sie von der deutschen Bevölkerung spontan bejubelt. Es handelte sich um ein gemeinschaftsstiftendes Erlebnis ersten Ranges, das auch Jahrzehnte später in Memoiren nur unter der Chiffre ‚Befreiung‘ erscheint.⁹⁷ Die unterschiedlichen Reaktionen auf das Ereignis verschärften die bereits vor Kriegsbeginn zu beobachtende nationale Polarisierung. Aber auch wer als Pole beim Anblick deutscher Stahlhelme nicht Jubel, sondern Trauer empfand, erwartete im wesentlichen eine Rückkehr zu den Verhältnissen des Kaiserreichs. Im Vertrauen auf die Rechtsstaatlichkeit des Dritten Reichs kehrten die meisten Flüchtlinge schon bald an ihre Wohnorte zurück.⁹⁸

Daß die neuen Machthaber indes nicht gewillt waren, an preußische Traditionen anzuknüpfen, machte bereits die Verwaltungsgliederung deutlich. Der neu geschaffene Reichsgau Danzig-Westpreußen umfaßte zwar die in der Zwischenkriegszeit an Ostpreußen angegliederten Teile der alten Provinz rechts der Weichsel, nicht aber die 1920 bei Deutschland verbliebenen Gebiete links des Flusses. Eine Kontinuität zur Wojewodschaft Pommerellen bestand insofern, als die ihr 1938 angeschlossenen kongreßpolnischen und posenschen Kreise ebenfalls in den Bestand des Reichsgaus eingingen.

Auf welche Weise sich das NS-Regime in die Tradition deutscher Herrschaft an der unteren Weichsel einzuordnen bemüht war, war bis jetzt nicht Gegenstand systematischer Analyse. Im Vergleich zu 1920 fiel die *damnatio memoriae* jedenfalls weit radikaler aus. Es wurden nicht nur Denkmäler gestürzt und Inschriften übermalt, sondern auch Bäume gefällt, wenn ihnen eine polnisch-patriotische Bedeutung zugesprochen

⁹⁶ Rasmus, Pommerellen (wie Anm. 4), S. 145. Zur Diskussion um die Opferzahlen vgl. Günter Schubert, Das Unternehmen „Bromberger Blutsonntag“. Tod einer Legende. Köln 1989, S. 191-201 (Kapitelüberschrift: „Leichenzählung oder: Argumente, die aus Gräbern kommen“). Eine Zahl von 352 ums Leben gekommenen Verschleppten aus den westpreußischen Kreisen der Wojewodschaft nennt: Die Verschleppung der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hans von Rosen. Berlin/Bonn 1990, S. 87.

⁹⁷ In der landsmannschaftlichen Publizistik ist eine Problematisierung des Begriffs erstmals zu beobachten bei: Hugo Rasmus, Westpreußen im Schatten des Hakenkreuzes. Gleichschaltung und Unrecht forcierten Gegnerschaft, in: Westpreußen-Jahrbuch 48 (1998), S. 119-158, hier S. 139 (vgl. dagegen aber S. 136).

⁹⁸ Vgl. Przemysław Hauser, *Mniejszość niemiecka na Pomorzu we wrześniu 1939 r.* (Die deutsche Minderheit in Pommerellen im September 1939), in: *Przegląd Zachodni* 28 (1972), S. 76-85.

wurde.⁹⁹ Selbst Wegkreuze und Heiligenbildnisse fielen dem Bildersturm zum Opfer. Eine „Heimatkunde für die Hand des Schülers“ stellte das Land an der unteren Weichsel als einen „urgermanischen Raum“ dar und widmete der polnischen Zeit nur einige kurze abfällige Bemerkungen. Gdingen, das Symbol polnischer Aufbauleistung nach dem Ersten Weltkrieg, wurde lediglich mit einem „Wirrwarr der vielen formlosen Steinkästen“ assoziiert, die „keinen einheitlichen Baustil erkennen“ ließen.¹⁰⁰ Die Umbenennung in ‚Gotenhafen‘ steht zugleich für den Versuch einer symbolischen Aneignung. Es handelte sich aber nur um den spektakulärsten Fall einer Namensänderung. Angestrebt wurde die vollständige Tilgung aller Erinnerung an die slavisch-polnische Vergangenheit des Gebietes.

Radikale Ortsnamensgermanisierungen wurden auch von deutscher Seite häufig als Verlust gewachsener Traditionen empfunden. Versuche, positiv eine nationale Identität auf lokaler Basis zu gründen, betrafen Straßenbenennungen nach örtlichen Opfern der Septemberrausschreitungen. Die Propaganda des „Bromberger Blutsonntags“ spielte während der gesamten Zeit des Zweiten Weltkriegs eine maßgebliche Rolle bei der Legitimierung nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft. Ihr war zugleich eine integrierende Funktion zugeordnet. In den Reichsgau versetzte Beamte erhielten eine Broschüre mit Greuelphotos überreicht, in der u.a. zu lesen stand: „Für die Augen, die polnische Mordgier deutschen Menschen austach, sollen Millionen Blicke bei jedem polnischen Appell an Mitleid und Nachgiebigkeit stahlhart bleiben.“¹⁰¹

Diese Worte wirken um so gespenstischer, wenn man sich vor Augen hält, daß eine Politik gnadenloser Verfolgung längst eingesetzt, ja bereits zum Jahresende 1939 ihren Höhepunkt überschritten hatte. Insofern handelte es sich bei der offiziellen Propaganda um nachträgliche Versuche, die Ermordung der polnischen Führungsschicht unmittelbar zu Beginn der deutschen Besatzung zu rechtfertigen. Hierfür hatte es keiner wie auch immer gearteter Symbole bedurft – eine Analyse nationalsozialistischer Herrschaftspraxis läßt die Grenzen kulturgeschichtlicher Ansätze erkennen.

⁹⁹ Vgl. Prószyński, *Z podwórka* (wie Anm. 13), S. 156.

¹⁰⁰ Fritz Kanth, *Reichsgau Danzig-Westpreußen. Eine Heimatkunde für die Hand des Schülers*. Frankfurt a.M. 1941, S. 22.

¹⁰¹ *Polnischer Blutterror. Dokumente einer Kulturschande*. [Danzig 1940] (unpag.). Zur Rezeption dieser oder einer anderen Propagandaschrift vgl. die Kindheitserinnerungen von Jan Christ, *Die Königin der Weichsel. Deutsch-polnische Erkundungen in Thorn/Toruń*, in: *Stuttgarter Zeitung* Nr. 228 vom 1.10.1994, S. 49: „Diese Schreckensbilder bewahrte der Besatzer in seinem Herrenzimmerschrank neben Kognak und guten Zigarren auf, um sie uns sonntags in einer Art Ritual vorzustellen.“

Genaue Angaben über die Zahl der Opfer sind nicht möglich; die maßgebliche Gesamtdarstellung gibt einen Schätzwert von 36 000–42 000 Toten an.¹⁰² Hierunter befindet sich auch eine nicht näher zu bestimmende Anzahl Juden. Erschossen wurden bereits im Herbst 1939, also lange vor der ‚Endlösung‘, ganze Familien einschließlich Kindern. Zum Jahresende waren in den ehemals westpreußischen Gebieten des Reichsgaus so gut wie keine Juden mehr am Leben; die verbliebenen Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe wurden im Februar 1942 ins Generalgouvernement deportiert.¹⁰³ Ebenfalls von Haus und Hof vertrieben wurden rund 100 000 Polen, an deren Stelle Deutsche aus dem Baltikum und Bessarabien angesiedelt wurden.¹⁰⁴ Ungeachtet des improvisierten Charakters, der vielen Zwangsmaßnahmen vor Ort anhaftete, handelte es sich um die Umsetzung einer zentral geplanten Volkstumspolitik.

Bereits Mitte Juni 1939 waren unter Federführung der Geheimen Staatspolizei systematisch Namen von Polen gesammelt worden, die der deutschfeindlichen Betätigung bezichtigt wurden. An der Zusammenstellung des „Sonderfahndungsbuches Polen“ hatten neben dem Konsulat in Thorn auch Angehörige der deutschen Minderheit ihren Anteil, wobei allerdings zu fragen ist, inwieweit sie bewußt den Tod der von ihnen denunzierten Menschen in Kauf nahmen.¹⁰⁵ Der Kreis der im Herbst 1939 verhafteten und später meist standrechtlich erschossenen Polen wurde laufend erweitert. Er blieb nicht auf Personen beschränkt, die in der Öffentlichkeit gegen Hitler-Deutschland und die Deutschen aufgetreten waren, sondern umfaßte auch Polen, die lediglich eine bestimmte Rolle in der Gesellschaft gespielt hatten oder als mögliche Führer einer Wider-

¹⁰² Włodzimierz Jastrzębski, Jan Sziling, *Okupacja hitlerowska na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945* (Die nationalsozialistische Besatzung in Pommerellen 1939–1945). Gdańsk 1979, S. 103. Völlig ausgeblendet wird die Problematik der Massenerschießungen im Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens. Tl. IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918–1945, hrsg. v. Ernst Opgenoorth. Lüneburg 1997 (Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, 10.).

¹⁰³ Die Konjunktur, die Regionalstudien bei der Rekonstruktion des Völkermordes an den Juden derzeit erleben, hat den Reichsgau Danzig-Westpreußen bisher noch nicht erfaßt. Vgl. als ersten Überblick: Jan Sziling, *Eksterminacja Żydów na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945* (Die Ausrottung der Juden in Pommerellen 1939–1945), in: *Emancypacja – asymilacja – antysemityzm. Żydzi na Pomorzu w XIX i XX wieku* (Emanzipation – Assimilation – Antisemitismus. Die Juden in Pommerellen im 19. und 20. Jahrhundert), hrsg. v. Zenon Hubert Nowak. Toruń 1992, S. 79–89 (Stosunki narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku. 2.).

¹⁰⁴ Jastrzębski, Sziling, *Okupacja* (wie Anm. 102), S. 158f.

¹⁰⁵ Vgl. Andrzej Szefer, *Jak powstała niemiecka specjalna księga gończa Sonderfahndungsbuch Polen* (Wie das deutsche Sonderfahndungsbuch Polen entstanden ist), in: *Zaranie Śląskie* 46 (1983), S. 213–240.

standsbewegung in Betracht kamen. Der Begriff der Führungsschicht bzw. Intelligenz war dabei nicht allein auf klassische Eliten wie Lehrer, Rechtsanwälte oder Pfarrer beschränkt. Vielmehr wurden hierzu alle Personen gerechnet, die in irgendeiner Weise eine exponierte Stellung eingenommen hatten, und sei es als Dorfschulze oder als Vorarbeiter.¹⁰⁶

Die Mordaktionen waren zwar an zentraler Stelle in Berlin geplant worden, doch ihre Umsetzung erfolgte unter Mitwirkung der einheimischen Bevölkerung. Eine maßgebliche Rolle spielte der sogenannte Selbstschutz. Nach Art einer Miliz sollte er zunächst der Entlastung der Wehrmacht von nichtmilitärischen Aufgaben dienen, entwickelte sich später jedoch zu einem wichtigen Instrument des nationalsozialistischen Terrorapparats.¹⁰⁷ Es war allerdings nur eine kleine Minderheit innerhalb der männlichen deutschen Bevölkerung, aus der sich die Verhaftungs- und Erschießungskommandos rekrutierten. Viel größer, wenn auch nicht genau zu beziffern, war die Zahl der Denunzianten. Es genügte, daß zwei Deutsche mit ihrer Unterschrift einen Polen der antideutschen Betätigung bezichtigten, um dessen Verhaftung zu bewirken. Mochte zunächst auch der Glaube an ein rechtsstaatliches Verfahren vorgeherrscht haben, so sprach sich doch rasch herum, daß die Einweisung in ein Internierungslager fast einem Todesurteil gleichkam.

Es bleibt zu fragen, wie stark bei Angehörigen der deutschen Minderheit ein Rachebedürfnis ausgeprägt war und inwieweit dieses erst von SS- und Polizeiorganen geweckt werden mußte – nicht zuletzt mit der Aussicht auf materielle Bereicherung. Nachdenklich stimmt ein Blick auf die Situation unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht. In jenen Tagen, wo der Eindruck polnischer Greuelthaten am stärksten hätte sein müssen, war es nicht zu spontanen Racheakten oder gar Lynchaktionen im großen Stil gekommen. Ein bezeichnender Vorfall ereignete sich in Neustadt (Wejherowo). Einige Deutsche machten sich zwar ein sadistisches Vergnügen daraus, den früheren Bürgermeister Teodor Bolduan zu demütigen und zu mißhandeln; seinen Tod jedoch hatten sie ursprünglich nicht beabsichtigt – hierzu bedurfte es erst der ausdrücklichen Ermunterung durch die neuen Machthaber.¹⁰⁸

¹⁰⁶ Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, *Der Überfall auf Polen und der neue Charakter des Krieges*, in: *September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen*, hrsg. v. Christoph Kleßmann. Göttingen 1989, S. 16-37.

¹⁰⁷ Vgl. Christian Jansen, Arno Weckbecker, *Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40*. München 1992 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 64.).

¹⁰⁸ Vgl. Marian Podgóreczny, Albert Forster. *Gauleiter i oskarżony* (Gauleiter und Angeklagter). Gdańsk 1977, S. 288f.

Der Personenkreis, der sich nach verbreiteter Auffassung der deutschfeindlichen Betätigung schuldig gemacht hatte, war begrenzt. Ein ideologisch motivierter Vernichtungsfeldzug, der nicht individuelles Verhalten, sondern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht über Leben und Tod entscheiden ließ, mußte daher auf Akzeptanzprobleme stoßen. Über die Reaktion der einheimischen deutschen Bevölkerung auf die Gewalttätigkeit nationalsozialistischer Volkstumspolitik läßt sich nur schwer ein umfassendes Bild gewinnen. In deutschen Darstellungen wurde das Problem meist nur am Rande gestreift,¹⁰⁹ während die ältere polnische Literatur alle Minderheitsangehörigen pauschal der Mittäterschaft bezichtigte. Gestützt auf polnische Quellen der Nachkriegszeit, die primär die Beteiligung einheimischer Deutscher an den Verbrechen dokumentieren sollten, hat Alicja Paczoszka als erste den Versuch unternommen, Gegenbeispiele für solidarisches Verhalten aufzuspüren.¹¹⁰

Ein seltenes, wohl singuläres Beispiel von Zivilcourage bietet das Verhalten des Gemeindevorstehers Adolf Beier aus dem Kreis Berent. Als ihm eine Liste zugestellt wurde, die die Namen von 18 zur Exekution bestimmten Polen enthielt, verweigerte er seine Unterschrift und warnte die Betroffenen. Sie überlebten den Krieg, während Beier seiner Funktion enthoben wurde und auch Prügel bezogen haben soll. Anders verfuhr der Gemeindevorsteher eines Nachbardorfes. Benno Schulz, ein Mitglied des Selbstschutzes, strich von einer ähnlichen Liste lediglich den Namen eines Bekannten, während er keine Anstalten zur Rettung der übrigen Polen unternahm. Andere Deutsche, die selbst nicht zu den Funktionsträgern gehörten, intervenierten zugunsten der Freilassung von Bekannten. Der Einsatz für ein Menschenleben konnte ein paar Flaschen Sekt betragen, oder auch nur etwas Zeit und Mühe, lautet das Resümee Paczoszkas.

So verdienstvoll ihre Zusammenstellung auch ist, muß doch festgehalten werden, daß in den Erinnerungen polnischer Zeitzeugen ein Gefühl der Enttäuschung überwiegt. Als einflußreich geltende Deutsche, so der Tenor, hätten sich nicht oder nicht mit genügendem Nachdruck für die Freilassung inhaftierter Bekannter eingesetzt. Tatsächlich hingen die Erfolgsaussichten nicht zuletzt von der Prominenz des Häftlings ab. Sie wa-

¹⁰⁹ Das Problem der Mitverantwortung einheimischer Deutscher bei der Ermordung ihrer polnischen Nachbarn übergeht Rasmus, *Westpreußen* (wie Anm. 97).

¹¹⁰ Alicja Paczoszka, *Pomoc niesiona Polakom przez Niemców w okręgu gdańskim w latach II wojny światowej* (Hilfe für Polen von Deutschen im Regierungsbezirk Danzig während des Zweiten Weltkriegs), in: *Rocznik Gdański* 57 (1997), Nr. 1, S. 121-133.

ren hoch, wenn ein Arbeitgeber einen Angestellten zur Aufrechterhaltung seines Betriebs reklamierte, und gering, wenn es sich um Vertreter der polnischen Intelligenz oder um Gutsbesitzer handelte. In diesen Fällen konnte nach vorübergehender Freilassung eine nochmalige Inhaftierung erfolgen.

Deutsche Interventionen zugunsten polnischer Bekannter erfolgten stets im Geheimen und blieben auf Einzelfälle beschränkt. Öffentliche Proteste, die das NS-Regime am meisten fürchtete und die es am ehesten zum Nachgeben bewegen konnten, schienen in der Jubelstimmung nach dem Einmarsch der Wehrmacht kaum vorstellbar. In Berlin war man sich sehr wohl bewußt gewesen, daß die Zeit für die Verwirklichung des Mordprogramms knapp bemessen sein würde.¹¹¹

Tatsächlich wich in Pommerellen die anfängliche Euphorie über die „Befreiung“ schon bald einer Enttäuschung. Sie ergriff vor allem die Eliten der ehemaligen Minderheit, die erleben mußten, daß sie von einflußreichen Positionen ausgeschlossen blieben. Eine gewisse Ausnahme bildete die Landwirtschaft, in der insbesondere die Institution des Kreisbauernführers eine genauere Untersuchung verdiente. Die gegenseitigen Animositäten fanden ihren Ausdruck in den Bezeichnungen ‚Beutedeutsche‘ versus ‚Reichsgermanen‘, wobei die Gefolgsleute Forsters aus Danzig eine besondere Gruppe darstellten, die aber nicht unbedingt positiver beurteilt wurde. Das in der einheimischen Bevölkerung vorherrschende Gefühl, Deutsche zweiter Klasse zu sein, wurde durch die Institution der Deutschen Volksliste verstärkt. Diese bildete neben Exekution und Deportation das dritte Instrument ‚ethnischer Flurbereinigung‘.¹¹²

Das System von vier hierarchisch gegliederten Gruppen, von denen jede einem bestimmten Grad deutscher Prägung entsprechen sollte, schien an sich den komplizierten Verhältnissen eines ethnischen Mischgebietes Rechnung zu tragen. Gruppe I war für diejenigen Deutschen reserviert,

¹¹¹ Vgl. Niendorf, *Minderheiten* (wie Anm. 6), S. 383f.

¹¹² Grundlegend immer noch: Włodzimierz Jastrzębski, *Polityka narodowościowa w okręgu Rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie (1939–1945)* (Die Nationalitätenpolitik im Reichsgau Danzig-Westpreußen [1939–1945]). Bydgoszcz 1977; vgl. Herbert S. Levine, *Local authority and the SS State. The conflict over population policy in Danzig-West Prussia, 1939–1945*, in: *Central European History* 2 (1969), S. 331–355; Hans-Christian Harten, *De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939–1945*. Frankfurt a.M./New York 1996, S. 99–116. Hubert Orłowski, „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit. Wiesbaden 1996 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund. 21.), bezieht sich in seinem Kapitel „Die Ordnung der Taxonomie im Nationalsozialismus“ über die „taxonomische Erfassung und ausdifferenzierende Klassifizierung von Menschen“ (S. 347–369) überwiegend auf die Verhältnisse im Reichsgau Wartheland.

die sich zur polnischen Zeit in deutschen Organisationen engagiert hatten, während in Gruppe II die übrigen Minderheitsangehörigen Aufnahme fanden, an deren deutscher Identität an sich kein Zweifel bestand. Gruppe III besaß demgegenüber schon Übergangscharakter. Sie war einerseits für Einheimische bestimmt, die wie die Kaschuben gewisse Affinitäten zur polnischen Nation erkennen ließen, andererseits für Polen, die einen deutschen Ehepartner besaßen, sowie für Kinder aus solchen Mischehen. Der vierten und letzten Gruppe schließlich gehörten Personen an, die zwar als Polen galten, doch bei denen es sich deutscher Erkenntnis nach um assimilierte Deutsche handelte. Die Erwartung, diesen Prozeß umkehren zu können, rechtfertigte in den Augen nationalsozialistischer Experten auch hier eine Etikettierung als ‚Deutsche‘. Lediglich bei der Definition jener untersten Gruppe lassen sich Einflüsse einer rassistischen Volkstumsideologie finden.

Das eigentliche Problem der Deutschen Volksliste stellte die Praxis der Rekrutierung sowie die damit verbundenen Folgen dar. „Wer zum polnischen Volkstum gehört, muß dieses Land verlassen“, verkündete Gauleiter Forster bereits 1939 in einer Ansprache zum Totensonntag.¹¹³ Einen Einschnitt bedeutete sein Aufruf vom 22.2.1942, der im Falle einer Nichtannahme der Volksliste unverhüllt mit Sanktionen drohte – einer „Gleichstellung mit den schlimmsten Feinden des deutschen Volkes“. Forster strebte die vollständige Germanisierung seines Gebietes im Rekordtempo an, wobei er im Gegensatz zu seinem Kollegen Greiser im benachbarten Reichsgau Wartheland einer ‚Eindeutschung‘ der einheimischen Polen den Vorzug vor weiteren Bevölkerungstransfers gab. Hierfür waren nicht zuletzt pragmatische Erwägungen ausschlaggebend, der Wunsch, Störungen im Wirtschaftsablauf zu vermeiden. Ein rationales Motiv für die unterschiedliche Politik in den beiden Gebieten lag in dem höheren deutschen Bevölkerungsanteil Pommerellens. Hinzu traten schließlich Hoffnungen auf ein geringeres Nationalbewußtsein der polnischen Bevölkerung, verbunden mit der Erwartung, die Kaschuben für das Dritte Reich gewinnen zu können. Insofern wies die Nationalitätenpolitik im Reichsgau Danzig-Westpreußen mehr Ähnlichkeiten mit Ostoberschlesien als mit dem Posener Gebiet auf.

Bis Januar 1944 waren in Forsters Machtbereich in Gruppe I rund 115 000, in Gruppe II 95 000, in Gruppe III 725 000 und in Gruppe IV 2 000 Personen registriert. Die mit Abstand größte Gruppe III umfaßte neben den Kaschuben fast sämtliche einheimische Polen, was, wie die

¹¹³ Vgl. Polnischer Blutterror (wie Anm. 101).

polnische Forschung nach 1945 nicht müde wurde zu betonen, ausschließlich unter direktem oder indirektem Zwang erfolgte.

Offizielle Kriterien für eine Aufnahme waren nicht nur das allgemeine Verhalten vor und nach dem 1. September 1939 oder der Nachweis von deutschen Vorfahren bzw. Verwandten im Altreich, sondern auch das Arbeitsethos und der Eindruck, den die Wohnung des Kandidaten hinterließ. Bereits drei positive Angaben qualifizierten einen Bewohner Pommerellens zu einem deutschen Staatsbürger auf Widerruf. Bei Ablehnung eines Volkslistenausweises der Gruppe III drohten Sanktionen bis hin zur Einweisung in ein Lager. Die deutsche Volksliste stellte ein Integrationsangebot dar, das ausdrücklich auf regionale Identitäten Bezug nahm, indem zwischen Polen aus den ehemals preußischen Gebieten und Zuwanderern differenziert wurde. Die Nivellierung, wenn auch nicht Verwischung einstiger nationaler Grenzen rief allerdings den Widerspruch besonders der politisch bewußten Minderheitsangehörigen hervor.¹¹⁴

Es gab Einwohner Pommerellens, die in der Zwischenkriegszeit als gute Polen gelten wollten und die Wehrmacht mit „Deutschland, Deutschland über alles“ auf den Lippen begrüßten.¹¹⁵ Insgesamt gesehen war das Phänomen des ‚Wasserpollacken‘ als „Prototyp eines Renegaten“ nicht so verbreitet, wie es ein Schedlin-Czarliński befürchtet hatte und NS-Ideologen erhofften. Selbst bei der Volkszählung vom 3.–6. Dezember 1939 hatten sich von rund 188 000 Einwohnern, die Kaschubisch als Muttersprache angaben, etwa 100 000 zum polnischen Volkstum bekannt.

Die Bereitschaft zur Annahme des Integrationsangebotes Deutsche Volksliste war nicht zuletzt von der sozio-ökonomischen Lage des einzelnen abhängig. Am pragmatischsten verhielten sich offenbar die Arbeiter. Für sie waren in erster Linie die Verdienstmöglichkeiten von Interesse. Aber auch ihnen blieb nicht verborgen, daß sie vor allem als Menschenmaterial für die Wehrmacht von Interesse waren. Stimmungsberichte bezeugen eine zunehmend geringere Motivation von Wehrpflichtigen der Volksgruppe III.¹¹⁶ Wie schon in der Zwischenkriegszeit, muß auch bei Akten aus dem Zweiten Weltkrieg nach den verschiedenen Verwaltungsebenen differenziert werden. Je tiefer angesiedelt, desto pessimistischer

¹¹⁴ Vgl. Kurt Fuchs, Tüchel – wie wir es kennen, in: *Der Westpreuße* (1981), Nr. 11, S. 8f.: „Wer sich vor 1939 zu den Deutschen hielt, war in Tüchel ortsbekannt. Diese Grenzen waren immer eng gezogen. Wie verwundert waren wir, wieviele und wer urplötzlich an diesem Tage in aller Öffentlichkeit den Deutschen zugerechnet wurde!“ (S. 9)

¹¹⁵ Vgl. Jądzewski, *Wspomnienia* (wie Anm. 50), S. 107.

¹¹⁶ Vgl. Leszek Jądzewski, *Kaszubi a służba w Wehrmachcie (1942–1945)* (Die Kaschuben und der Dienst in der Wehrmacht [1942–1945]), in: *Przegląd Zachodni* 52 (1996), Nr. 4, S. 119–128.

fiel das Bild aus, das von der Einstellung der einheimischen Polen gegenüber dem NS-Regime gezeichnet wurde.¹¹⁷

Ungeachtet des Zwangscharakters der Deutschen Volksliste eröffnen die damit verbundenen Vorgänge doch neue Perspektiven für die Nationalismusforschung. Jene Dokumentation menschlicher Schicksale macht noch einmal die Problematik nationaler Zuordnung deutlich, zumal, wenn man die Rehabilitierungsprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg hinzuzieht.¹¹⁸ Diese der Wissenschaft lange Zeit nur eingeschränkt zugänglichen Akten stellen eine Fundgrube für die Analyse interethnischer Beziehungen dar, insbesondere in Kombination mit den personenbezogenen Daten der privaten deutschen Volkszählungen von 1926 und 1934.¹¹⁹ Interesse verdienen nicht zuletzt die Einsprüche gegen die Ablehnung von Anträgen auf Registrierung als Deutscher, die vor Forsters de facto-Ultimatum erhoben wurden. Ausgangspunkte waren meist persönliche Not-situationen wie Gefährdung oder Verlust des persönlichen Eigentums oder die Verweigerung einer standesamtlichen Trauung.

Als Beweise für deutsche Herkunft und Gesinnung wurden geltend gemacht die Mutter- oder Haussprache, Namensgebung und Erziehung der Kinder, sowie die Weigerung, in nationale Verbände einzutreten, Schwierigkeiten mit den polnischen Behörden oder der Einsatz für deutsche Bekannte.¹²⁰ Die Antragsteller beriefen sich also auf subjektive Kriterien, während widerstrebenden Polen die Annahme der Deutschen Volksliste gerade mit Hinweis auf scheinbar objektive Merkmale nahegelegt wurde.

Spiegelverkehrt finden sich jene Argumente in den sogenannten Rehabilitierungsprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg. Angehörige der Gruppe II konnten die ihnen drohende Zwangsaussiedlung verhindern, wenn sie vor Gericht glaubhaft machen konnten, daß die Annahme des Volkslistenausweises unter Zwang erfolgt und die Verbundenheit mit der polnischen Nation aufrechterhalten geblieben war. Wieder spielte der Wandschmuck eine Rolle und die Frage, ob ein Photo aus der Wehr-

¹¹⁷ Vgl. Konrad Ciechanowski, *Nastroje ludności polskiej na Pomorzu Gdańskim w latach okupacji 1939–1945 w świetle niemieckich źródeł* (Die Stimmung der polnischen Bevölkerung Pommerellens während der Besatzungszeit 1939–1945 im Spiegel deutscher Quellen), in: *Zapiski Historyczne* 44 (1979), S. 97–128.

¹¹⁸ Vgl. die nicht auf Einzelschicksale, sondern auf die Aufarbeitung der rechtlichen und politischen Vorgänge abhebende Darstellung von Marek Romaniuk, *Podzwonne okupacji. Deutsche Volksliste w Bydgoszczy (1945–1950) (Nachspiel der Besatzung. Die Deutsche Volksliste in Bromberg [1945–1950])*. Bydgoszcz 1993.

¹¹⁹ Vgl. Marek Stażewski, *Sprawa przeprowadzenia spisu ludności niemieckiej w województwach pomorskim i poznańskim w 1926 roku (Zur deutschen Volkszählung in den Wojewodschaften Pommerellen und Posen von 1926)*, in: *Zapiski Historyczne* 60 (1995), S. 63–77.

¹²⁰ Vgl. APB, *Regierung Bromberg 1939–1945*, Nr. 35.

dienstzeit des Antragstellers hängengeblieben war, obwohl das Porträt in Uniform einer vergangenen Epoche – nun der polnischen statt der preußischen – Anstoß erregt hatte. Auch die Weigerung, in den eigenen vier Wänden ein Hitlerporträt aufzuhängen, wurde als Ausweis polnischer Gesinnung geltend gemacht.

Einen Antrag auf Rehabilitierung stellte auch die Familie des Kaminer Bauunternehmers Josef Goerke, der bereits vor dem Zweiten Weltkrieg Zweifel an seiner nationalen Identität geweckt hatte. Der mit einer Polin verheiratete deutsche Katholik war schließlich in Gruppe II der Deutschen Volksliste aufgenommen worden, sah sich aber weiter Anfeindungen der örtlichen Parteiprominenz ausgesetzt. Vorgehalten wurde ihm sein Verhalten in der Vorkriegszeit. Als Auftragnehmer des polnischen Staates habe er sich demonstrativ von Aktivitäten der Minderheit ferngehalten. Goerke selbst sprach jedoch so gut wie kein Polnisch, sein Sohn trat während des Krieges sogar der deutschen Ordnungspolizei bei. Dennoch wurde die Familie von einem polnischen Amtsgericht 1946 formal „rehabilitiert“.¹²¹

In Fällen dieser Art gaben Bekenntnishandlungen den Ausschlag, die mit einem beträchtlichen persönlichen Risiko verbunden waren. Dazu gehörte nicht nur die Unterstützung inhaftierter oder im Untergrund lebender Polen mit Lebensmitteln, sondern auch das gemeinsame Abhören ausländischer Sender, das Aufbewahren von Fahnen und Uniformen oder der Gebrauch des Polnischen, der in der Öffentlichkeit unter Strafe gestellt war. Tatsächlich wurden Verstöße gegen diese Anordnung in deutschen Behördenberichten immer wieder als Beleg für eine verbreitete Widerstandshaltung angeführt.¹²²

Während nach 1920 die Zuwanderung aus anderen Teilen Polens zu einer Annäherung der einheimischen Bevölkerung untereinander geführt hatte, sind ähnliche Phänomene für die Zeit des Zweiten Weltkrieges nur

¹²¹ APB, Ekspozytura w Chojnicach, Sąd Grodzki w Sępólnie, Akta rehabilitacyjne, Nr. 128 ff.

¹²² Vgl. Ciechanowski, *Nastroje* (wie Anm. 117); ders., *Walka z językiem polskim i zewnętrznymi przejawami życia polskiego na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945* (Der Kampf gegen die polnische Sprache und die äußeren Erscheinungsformen polnischen Lebens in Pommerellen 1939–1945), in: *Przymus germanizacyjny na ziemiach polskich wcielonych do Rzeszy Niemieckiej w latach 1939–1945* (Die Zwangsgermanisierung in den eingegliederten Ostgebieten des Dritten Reichs 1939–1945), hrsg. v. Włodzimierz Jastrzębski. Bydgoszcz 1993, S. 33–57. Auf das Problem des bewaffneten Widerstandes kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. *Walka podziemna na Pomorzu w latach 1939–1945. W 50 rocznicę powstania Służby Zwycięstwu Polski. Materiały sesji w Toruniu 27–28 IX 1989 r.* (Der Untergrundkampf in Pommerellen 1939–1945. Zum 50. Jahrestag des Dienstes zum Siege Polens. Materialien einer Konferenz in Thorn vom 27.–28.9.1989), hrsg. v. Jan Sziling. Toruń 1990 (Biblioteka Fundacji „Archiwum Pomorskie AK“. 1.).

im individuellen Bereich dokumentiert. Die Hilfsbereitschaft einzelner Nachbarn und Freunde wird in polnischen Erinnerungen mit Dankbarkeit vermerkt, doch fällt auf, daß positive Schilderungen von Deutschen in der Regel Reichsdeutsche betreffen, insbesondere Wehrmachtangehörige.¹²³ Wenn Teile der ehemaligen Minderheitsangehörigen dem NS-Regime auch distanziert bis ablehnend gegenüberstanden, so reichte dieses Unbehagen doch nicht aus, sie die Nähe zum polnischen Widerstand suchen zu lassen oder zu einer öffentlichen Solidarisierung mit den Polen zu bewegen.

Kontakte zwischen einheimischen Deutschen und Polen kamen nicht gänzlich zum Erliegen, aber sie erhielten doch eine andere Qualität, wie eine Zeitzugenerinnerung suggeriert: „In einem Dorfe des Kreises Zempelburg besoffen sich die deutschen Bauern. Sie hatten aber hierzu die noch anwesenden Polen mitgenommen. Am Ende des Saufgelages veranstalteten die Bauern dann ein Wettrennen, in dem der Pole das Pferd und die Bauern die Reiter machten.“¹²⁴

Diese eindeutige Rollenverteilung, bei der die Positionen von Oben und Unten aufgrund nationaler Kriterien vorgegeben waren, erscheint wie ein Sinnbild deutsch-polnischer Beziehungen während des Zweiten Weltkrieges. Spätestens Ende 1939 hatte der deutsch-polnische Antagonismus auch die unterste Ebene menschlichen Zusammenlebens erfaßt. Selbst wo dieser Gegensatz nicht unmittelbar als Konflikt in Erscheinung trat, gab er die Linien vor, an denen sich das Verhalten der Bevölkerung im Alltag orientierte. Es fällt schwer, einem polnischen Forscher der jüngeren Generation zu widersprechen, der das Ende des jahrhundertelangen Zusammenlebens verschiedener Ethnien in Pommerellen schon 1939 und nicht erst 1945 angelegt sieht.¹²⁵

¹²³ Vgl. Fikus, *Historia* (wie Anm. 50), S. 150ff.; Niendorf, *Minderheiten* (wie Anm. 6), S. 390; Jan Sziling, *Polen und Deutsche in Thorn in der Zeit des Nationalsozialismus (1939–1945)*, in: *Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte* 2 (1994), S. 273–283, hier S. 282.

¹²⁴ Paul Latzke, *Die Zeit nach dem September 1939 in Polen. Kapellen-Erft [um 1947]*. Bundesarchiv Koblenz, Ost-Dok. 7, Nr. 22.

¹²⁵ Cezary Obracht-Prondzyński, *Wielokulturowość Pomorza (Die Multikulturalität Pommerellens)*, in: *Dziedzictwo kulturowe Pomorza nad Wisłą (Das Kulturerbe Pommerellens)*. Gdańsk 1997 (Pomorze Gdańskie. 20.), S. 11–24, hier S. 22.